

Der „Lübener Volksbote“ erscheint jeden Nachmittag, außer an Sonn- und Festtagen. Der Abonnementspreis beträgt bei Lieferung durch die Boten frei ins Haus monatlich 12 Mk. Redaktion: Johannisstraße 46. Fernruf 926.

Die Anzeigengebühr beträgt für die achtgehaltene Zeitspaltzeile oder deren Raum 3,00 Mk., Versammlungs-, Arbeits- und Wohnungsanzeigen 2,50 Mark, Reklamen 12,00 Mark. Geschäftsstelle: Johannisstr. 46. Fernruf: 926.



TAGESZEITUNG FÜR DAS ARBEITENDE VOLK

Lübener Volksbote

Nr. 40.

Donnerstag, den 16. Februar 1922.

29. Jahrgang.

Der Sieg Wirths.

220 Stimmen für, 185 gegen die Regierung.

Dr. L. Lüh e d., 16. Februar.

Die Entscheidung ist gefallen. Gestern nachmittag haben von den im Reichstag anwesenden 421 Abgeordneten 220 mit Ja gestimmt, 185 mit Nein, 16 haben sich enthalten. Die 220 Ja-Stimmen setzten sich zusammen aus 107 Sozialdemokraten, 88 Demokraten, 67 Zentrum, 4 Bayerischer Bauernbund, 2 Welfen, 2 Bayerische Volkspartei. Die 16 anderen anwesenden Mitglieder der bayerischen Volkspartei stimmten nicht ab. Die Gegner Wirths brachten insgesamt, trotzdem sich eine Einheitsfront von Höllein bis Hergt gebildet hatte, nur 185 Stimmen zusammen.

Eine halbe Stunde nach Verkündung des Abstimmungsergebnisses soll Herr Helfferich noch in den Wandergängen des Reichstages mit Papier und Bleistift umhergelaufen sein, rechnend und grübelnd, wieso solche Mehrheit für das Kabinett hatte zusammenkommen können. Und in der Tat konnte man auf den ersten Blick verblüfft sein; verfügt doch die Wirthsche Koalition an sich nur über 221 von den 469 Stimmen des Reichstages. Bei näherem Zusehen erklärt sich aber das Rätsel sehr einfach. Die Regierungsparteien hatten den letzten Mann aufgebieten, die Oppositionsparteien aber — doch das hatte seine guten Gründe.

In Wirklichkeit hatte keine einzige der Gegnerparteien den Mut, Wirth zu stürzen. Vor allem die Unabhängigen hatten solche Angst vor einem Siege, daß sie sich alle Mühe gaben, in der Schlacht besiegt zu werden. Sie zählten und maßten ihre Kräfte genau ab; sie nahmen soviel Abkommandierungen vor, daß es zu einer Mehrheit auf keinen Fall reichte. Aber offen für die Regierung einzustehen, dazu fehlte ihnen die Entschlußkraft — immer noch steht ihnen das Agitatorische höher als die politische Vernunft.

Nicht viel anders als die USPD. benahm sich die Volkspartei. Auch ihr fiel das Herz in die Höhen als sie auf die entschlossene Haltung der Sozialdemokratie stieß. Als diese die messerscharfe Parole ausgab: „Wirth oder Opposition“, da sauste bleiche Angst in das geldschlotternde Gebein der todernühten Ministerführer um Stinnes. Und auch sie jügelten ihre Angriffs-lust, so mancher von ihnen glänzte durch Abwesenheit.

Der langen Rede kurzer Sinn: Jedermann im Reichstag weiß, daß das Kabinett Wirth zurzeit — kurz vor Genua — unerlässlich ist; niemand wußte, was im Falle seines Sturzes an die Stelle treten sollte. Alles war deshalb im innersten Herzen heilfroh, daß alles beim alten bleibt. Wer das wegleugnet, der lügt aus agitatorischen Gründen; oder er versteht von den Erfordernissen unserer äußeren Politik eben soviel wie der Leitartikler der „Lübener Anzeigen“.

Diese ganze Ueberlegung ist der Schlüssel zum Verständnis des Abstimmungsergebnisses. Und der Kanzler hatte mit dem sicheren Instinkt des geborenen Politikers das vorausgesehen; er packte deshalb mit sicherem Griff den Stier bei den Hörnern. Und sein Mut heftete leichten Sieg an das Regierungsbanner.

Doch die Gründe des Sieges sind ja schließlich gleichgültig. Die Hauptsache: Das Reichsministerium hat seine Vertrauenserklärung; seine Stellung für die nächste Zeit ist absolut gesichert. Das Steuerkompromiß aber, das eine Art Prüfstein für die große Koalition sein sollte, ist zumindest schwer gefährdet. Die ganze Steuerfrage ist neu aufgerollt. Auf's neue ist den Unabhängigen Gelegenheiten geboten, ihre Pflicht zu tun im Interesse des arbeitenden Volkes. Nachdem sie, wenn auch indirekt, Wirth haben klagen helfen, mühten sie genug Vernunftwillen aufbringen, dem Kanzler die Kraft zuzuführen, die er braucht, um dem Rechtsgezerrte der Volkspartei widerstehen zu können. Man wird ja sehen!

Um über unsere Vertrauenserklärung für die jetzige Regierung keinen Zweifel aufkommen zu lassen, möchten wir ausdrücklich erklären, daß wir der jetzigen Regierung nur deshalb zustimmen, weil sie uns unter den gegenwärtigen Umständen noch die bestmögliche zu sein scheint. Nicht aber wollen wir damit sagen, daß wir mit allen ihren Handlungen, oder gar mit den ganzen Zuständen in Deutschland einverstanden sind.

Wir schließen uns in unserer Meinung dem an, was die „Sozialistische Korrespondenz“ in ihrer heutigen Ausgabe schreibt: „Vertrauen? Wir sagen damit wahrhaftig nicht.

daß uns die Zustände in Deutschland und alle Regierungshandlungen gefallen. Der Brotpreis verdoppelt sich, das Geld entwertet sich immer mehr, die Börsenjobber streichen Riesengewinne ein. Ein ganz kleiner Kreis schwelgt und prahlt, die Volksmassen, Arbeiter, Angestellte und Beamte, darben! Dazu unsere Zustimmung? Nicht doch! Das Schlimmste an diesen Zuständen ist unabwendbare Folge des verlorenen Weltkrieges der Hohenzollern und Junfer, unabwendbares Diktat einseitiger Sieger. Und die Erfüllungspolitik des Kabinetts Wirth ist der einzige Weg, die fürchterliche Ausbeutung durch die Siegerländer allmählich zu mildern.

Aber auch vom Unvermeidlichen abgesehen, können Verhältnisse und Regierungshandlungen uns oft nicht begeistern. Der Name Hermes genügt ja. Arbeitern und Beamten wird das Notwendigste verlagert, Agrarier und Dingenmittelfabrikanten erhalten Liebesgaben über Liebesgaben. Das Steuerkompromiß stellt auf die Erfassung der Sachwerte nur eine kleine und nicht einmal glückliche Abschlagszahlung dar. Trost dem Vertrauen? Ganz gewiß und ohne jeden Zweifel; denn dieses Kabinett Wirth ist unter den gegebenen politischen Verhältnissen das Beste, das für die Arbeiterklasse zu erreichen ist. Alles Bessere ist, wie die Dinge leider liegen, ein schöner Traum. Zerklüftung, Fäulnis, wilde Streiks, Mangel an Gemein Sinn haben seit der Revolution die Macht der Arbeiterklasse so geschwächt, daß sie im Augenblick ein wirklich ihren Wünschen entsprechendes Kabinett garnicht durchzusetzen, garnicht zu halten vermag. Traurig genug, aber wahr! Und gewiß nicht die Schuld derer, die in der alten großen Sozialdemokratie an Recht und Vernunft festgehalten haben. „Wir billigen die Handlung der Regierung“ — das ist kein absolutes Werturteil, das heißt nichts weiter, als daß wir die Regierung hatten, weil eine viel schlechtere oder das Chaos käme, wenn sie stürzte. Ob es nun mehr nach rechts oder nach links geht, das wird davon abhängen, wer klüger ist: Unabhängige oder Volksparteiler. Wer immer von beiden zurzeit verlangt, wird nichts erhalten. Wer die tatsächlichen Machtverhältnisse richtig einschätzt, kann für die von ihm vertretenen Klasseninteressen eine ganze Menge herausholen.“

Deutscher Reichstag.

SPD. Berlin, 16. Februar.

Die entscheidende Sitzung des Reichstages zeigte schon rein äußerlich die große Bedeutung des Tages. Der Sitzungssaal war mit Abgeordneten und Regierungsvertretern angefüllt, auf den Tribünen und in der Diplomatenloge drängten sich die Zuschauer Kopf an Kopf. Seit der Kriegssitzung am 4. August 1914 hat das Haus nicht wieder einen solchen Andrang erlebt. Die Sozialdemokraten hatten ihre Abgeordneten buchstäblich bis auf den letzten Mann herangeholt. 107 Genossen und Genossinnen waren anwesend. Der einzige, der fehlte, war durch schwere Krankheit entschuldigt. Als um 4 Uhr die Glocke und die Sirenen das Haus alarmierten, stieg die Spannung aufs Höchste. Auf der Pressetribüne, wo deutsche und ausländische Journalisten sich in furchtbarer Enge begnügen mußten, reckten sich die Häupter. Der deutschnationaler Führer Hergt verlangte in großer Pose vom Kanzler eine Erklärung, ob er den Antrag der Regierungsparteien als ein allgemeines Vertrauensvotum auffasse. Wirth bestätigte das in einigen knappen Worten und wies mit Recht darauf hin, daß seine Gesamtreue zum Eisenbahnerstreik von der auswärtigen Politik des Reiches ausgegangen sei. Die Regierungsparteien hätten auf Erklärungen verzichten können. Sie wurden aber zu kurzen Reden gezwungen durch die Ansprachen, die nacheinander die Unabhängigen, die zahmen Kommunisten und die wilden Kommunisten hielten. Nur die Furcht, daß ihre Abstimmung an der Seite von Stinnes und Helfferich, daß dieser Regierungsturz auf Stinnes Kommando verstanden werden könnte, trieb sie ans Rednerpult. So hielt der malerische Crispian eine sehr tollende Vorkleberrede, Dittmann wies dem Reichsverkehrsminister noch einiges aus, Levi hielt eine Rede, die sich vorteilhaft von dem Wortgetöse der unabhängigen Sprecher abhob. Roenen aber, von den echten Kommunisten, wies der USPD. nach, daß ihr ganzer Mißtrauensantrag nur eitel

Schauspielerei sei, denn die Regierung Wirth sei ja nur mit Hilfe der USPD. überhaupt möglich gewesen. In einer kurzen Rede zeigte Hermann Müller, wie sich klar und eindeutig die Politik der Sozialdemokratie über den Stinnesblock von Hergt bis Höllein hebt.

Die Abstimmung kam. Man kennt ja die ruhigen und kühl überlegenden Politiker der Vernunft auch in den Oppositionsparteien. Was werden sie tun? Man sucht auf den Bänken der USPD. vergeblich nach Dittmann, Lipinski und einigen anderen verantwortungsvollen Männern. Breitfeld geht vor der Abstimmung. Ungefähr ein Duzend Unabhängige haben sich an diesem Trauerspiel nicht beteiligt. Das Zentrum zeigt eine Lücke. Es ist wohl mancher vom rechten Flügel daheim geblieben, um nicht für Wirth stimmen zu müssen. Auch von der bayerischen Volkspartei haben einige den Saal verlassen. Die 4 bayerischen Bauernbündler geben unterdes unter Eisenbergers Führung geschlossen ihre weißen Ja-Zettel für die Regierung Wirth ab. Auch von der deutschen Volkspartei haben sich einige Abgeordnete nicht an der Abstimmung beteiligt.

Nach wenigen Minuten verkündet Lüh e d. das Ergebnis. Auf den überfüllten Tribünen steht ein minutenlanges Weisheitswort mit Händeklatschen ein.

In großer Bewegung verlassen die Abgeordneten den Saal. Die sozialdemokratische Fraktion trat sofort nach der Abstimmung zu einer Sitzung zusammen, um sich über diesen wichtigen Tag und seine nächsten Folgen Rechenschaft zu geben.

170. Sitzung.

Mittwoch, 15. Februar, mittags 2 Uhr.

Die demokratische Interpellation über den Verkehr von Wag 1 aus dem besetzten in das unbesetzte Gebiet wird, wie ein Regierungsvorsteher mitteilt, in der geschäftsordnungsmäßigen Frist beantwortet werden.

Das Reichsmietengesetz.

Die zweite Lesung wird fortgesetzt. Fahr (DDP.): Die allgemeine Notlage erlaubt die völlige Befreiung der Mietenzwangswirtschaft nicht. Das Gesetz bringt eine Art Sozialisierung, wenn auch Silberstein unter Sozialisierung etwas anderes versteht. Gewiß darf das Privatinteresse nicht ausschlaggebend sein und das Eigentum muß sich gewisse Beschränkungen gefallen lassen. Mieter und Vermieter müssen Opfer bringen. Vielleicht ist doch eine Verständigung möglich.

Ja und (Bayer. Vpt.): Das Reichsmietengesetz ist unpraktisch und undurchführbar. Alle Gesetze, die aus dem Reichsarbeitsministerium kommen, beschnen uns eine Beamtenvermehrung. Das Gesetz ist auch verfassungswidrig. Die Reichsregierung hat nach der Verfassung im Wohnungsweesen nur die Grundzüge festzusetzen. Das Gesetz ist für Berlin gemacht. Das Gesetz ist antisozial.

Ministerialdirektor Dr. Ritter: Das Gesetz hat die Zustimmung des Reichsrates gefunden. Das Gesetz ist gar nicht gerichtlich, denn den Landesbehörden bleibt ein weiter Spielraum. Auch wird durch das Gesetz nicht ein einziger Reichsbeamter mehr eingestellt werden müssen. Im Reichswirtschaftsrat haben deshalb Sachverständige an dem Gesetz mitgearbeitet.

Teuber (Komm.): Die Allgemeinheit wird durch das Gesetz noch mehr geschädigt. Die Vorschläge des Ausschusses sind für uns unannehmbar.

10 Minuten vor 4 Uhr wird die Beratung des Reichsmietengesetzes unterbrochen und in die

Weiterbesprechung der Erklärung der Reichsregierung zu dem Eisenbahnerstreik

elngetreten. Da aber einige Fraktionen noch beraten, vertagt der Präsident die Sitzung auf 4 Uhr.

Um 4 Uhr wird die Sitzung wieder eröffnet. Ein unabhängiger Antrag besagt: Der Reichstag mißbilligt, daß eine Ausnahmeordnung gegen die streikenden Beamten erlassen und durch sie unter Widerspruch mit der Verfassung das Streikrecht der Beamten aufgehoben wurde, daß die Regierung den Achtkundentag angetastet und die Verhandlungen mit den Streikenden abgelehnt hat, und daß sie Maßregelungen trotz ihrer Erklärung vornehmen will. Dem Reichskanzler wird das Mißtrauen ausgesprochen. — Kommunistische Anträge fordern außerdem Einstellung der Disziplinarverfahren, Freigabe beschlagnahmter Gewerkschaftsgelder, Aufhebung von Verhaftungen.

Hergt (DDP.) stellt an den Reichskanzler die Anfrage, ob er den von den Regierungsparteien eingebrachten Antrag für geeignet hält, die von ihm gewünschte Mehrheit zu schaffen.

Crispian (USP.): Durch die Erklärung der Reichsregierung, daß sie von einer Scharfmacherpolitik gegen Arbeiter und Beamte nicht abgehen will, sind die Grundzüge der Arbeiterschaft

bedroht. Die erste Kanzlerrede wurde gehalten im Auftrag der Koalitionsregierung. Für die zweite ist der Kanzler persönlich verantwortlich. Auch die Minister Groener und Hermes haben sich gegen die Beamten und Arbeiter gewandt. Die Mahregelungen nehmen von Tag zu Tag zu. (Hört, hört!) Auf dem Bahnhof Rantow-Berlin sind 169 Mahregelungen erfolgt. (Erneutes Hört, hört!) Einzelteile sind diese Vorgehen vor dem Erlaß der Richtlinien eingeleitet worden. Die hohe Bureaupresse spielt auf die Regierungsanordnungen. In Frankfurt a. M. sind schwarze Listen für die Mahregelungen angelegt worden. Dadurch wird dem Spionagelicht Tür und Tor geöffnet. Dagegen fordern wir eine Nachprüfung der vor dem Erlaß des Reichspräsidenten eingeleiteten Disziplinarverfahren unter Mitwirkung der Beamtenräte der Eisenbahngewerkschaften, Aufhebung der Kündigungen und Entlassungen. Den Antrag der Regierungsparteien können und wollen wir nicht durch Stimmhaltung fördern. (Hört, hört!) Dieser neue Vorstoß der Regierung muß mit einem glatten Nein beantwortet werden. In dem Augenblick, wo sie sich zur Rechtfertigung in Deutschland macht, stehen wir gegen sie. Die bürgerlichen Parteien wollen den Kampf, wir wollen ihn auch. Sie mögen ihn haben. Beamte und Arbeiter werden eine unüberwindliche proletarische Macht bilden.

Reichsminister Dr. Wirth: Herr Herrgott hat mich gefragt, wie ich zu dem Antrag der Regierungsparteien stehe. Zunächst haben einmal die Regierungsparteien zu ihrem Antrag Stellung zu nehmen. Für mich ist ihr Antrag ganz klar: Es wurde die Regierungserklärung gebilligt. Es handelt sich um drei Erklärungen, um die Erklärung bei Beginn der Aussprache, um meine zweite und dritte Rede. Der Ausgangspunkt meiner ersten Darstellung war die Gesamtlage unseres Vaterlandes. (Sehr richtig!) Dabei spielt doch die auswärtige Politik die Hauptrolle. (Lebhafte Zustimmung bei den Regierungsparteien.) Wer heute zu diesen Voten Stellung nimmt, gibt also ein Votum über die Gesamtpolitik der Regierung ab, auch über die auswärtige Politik.

Reichsverkehrsminister Groener: Bei den anhängigen Disziplinarverfahren ist zu prüfen, ob der Verdacht einer unter die Richtlinien, Ziffer 1 — das ist also die Frage der Unerschrockenheit — fallenden Pflichtverletzung hinreichend geprüft ist. Ist das nicht der Fall, so ist entsprechend den §§ 97, 98 des Reichsbeamtengesetzes Einstellung des Verfahrens zu beantragen. Ferner ist verfügt, daß, soweit künftige Beamte wegen einer nicht unter Ziffer 1 fallenden Pflichtverletzung entlassen wurden, die Entlassung durch die Stelle, die sie ausgesprochen hat, zurückgenommen werden muß. (Hört, hört! bei der Mehrheit.) Hierdurch werden die Beamten in alle ihre Rechte wieder eingeleitet. Weiter wurde verfügt, keinerlei Maßnahmen zu treffen gegen Beamte, die nur als Willkürer in Frage kommen. (Hört, hört! bei der Mehrheit, Unruhe links.)

Dr. Petersen (DDP.) gibt für die demokratische Fraktion folgende Erklärung ab: Die Fraktion hält die Behauptung, daß zwischen den Worten und Taten der Regierung ein Widerspruch bestehe, für unerheblich. Sie hält es für die Pflicht der Parteien, sich an die Erklärung der Regierungsvertreter im Parlamente zu halten.

Dr. Levi (Komm. Arb.): Der gute Wille der Regierung in der Außenpolitik ist nicht zu verkennen, und es wäre in solchen Zeiten, wenn die Umstände es erfordern, auch eine kapitalistische Koalitionsregierung zu bilden. (Hört, hört!) Um den Sieg des Großkapitalismus zu verhindern. Das Kabinett Wirth hat aber im Sauerbrunn und im Eisenbahnerstreik die Interessen der Arbeiter geschädigt. Wir verlangen deshalb der Regierung das Vertrauen.

Koener (Komm.): Die heutigen Erklärungen Groeners zeigen, daß die hohe Bureaupresse zu bestimmen hat. Die Unabhängigen haben diese Regierung, die soviel auf dem Kerbholz hat, durch ihre Unterstützung erst ermöglicht. Wir können der abhängigen Politik der Regierung nicht folgen und sagen: Fort mit dieser Regierung!

Dittmann (USP.): Trotz der Verordnung des Reichsverkehrsministers werden Beamte, die sich zum Dienst melden und auf die die erwähnte Verordnung zutrifft, zurückgewiesen. Der Minister ist also unmächtig. Die Frage ist: Kann ein Kabinett aus den Reichsparteien noch reaktionärer regieren, als heute tatsächlich regiert wird? (O-ja-Rufe bei der USP.) Wir werden gegen das Vertrauensvotum der Regierungsparteien stimmen.

Leicht (Bayer. WP.) erklärt im Namen seiner Fraktion: Die Misstrauensanträge lehnen wir ab mit Rücksicht auf die Fortführung der Außenpolitik, deren Richtlinien wir nicht unterbrechen wollen. Mit der Erklärung der Regierung zum Eisenbahnerstreik sind wir einverstanden. Der Innenpolitik des Reichskabinetts können wir, soweit sie sich auf Bayern bezieht, nicht in allen Teilen zustimmen. Wir werden aus der Abstimmung enthalten.

Müller-Franzen (SD.): Alle diese Reden, die hier gehalten wurden, entspringen aus der Furcht, das Vorgehen der Parteien könnte draußen im Lande nicht verstanden werden. Deshalb auch der Hinweis dieser Reden, man werde draußen im Lande schon für Aufklärung sorgen. Bei dieser Aufklärung werden wir aber auch dabei sein. Der Erklärung anderer Genossen Sender vom Sauerbrunn haben wir nichts hinzuzufügen. Es wurde behauptet, aus den Reihen des Deutschen Eisenbahnerverbandes würden ebenfalls Vertreter maßgebend gemacht. Wie ich hier, stimmt das nicht. Ferner wird mir mitgeteilt, daß auch die Besatzung, Telegraphenarbeiter seien gemacht worden, nicht richtig ist. Jedenfalls erwarten wir, daß genau nach den Richtlinien verfahren wird. Eins aber will ich hier recht deutlich stellen: Wenn es sich darum handelt, daß den Gemahregelungen geholfen werden soll, dann kommen die Leute zu uns. (Große Unruhe links.) Sie (nach links) wissen ganz genau, daß mit diesen Reden von der Tribüne der Gemahregelungen noch lange nicht geholfen ist. Der Abgeordnete Levi, der die relativ vernünftige Erklärung hier abgegeben hat (Hört, hört!), meinte, eine reaktionäre Regierung würde sich nicht auf die breiten Massen stützen. Aber hat man nicht vor und während des Krieges immer gesagt, das deutsche Volk sei ein unpolitisches Volk? Wer die Debatte von heute hier anschaut, hat kein das bestmögliche. (Sehr richtig! in der Mitte.) Wer nicht mit Unwissenheit geblödele, muß sich doch darüber klar sein, daß heute hier das Kabinett vor allem aus unpolitischer Gründen gestürzt werden soll. Sie (nach links) haben heute die Einzelheiten mit Stillsitzen geschickt zum Sturz der Regierung. (Beifall bei der USP und in der Mitte.)

Mart (Z.): Der Abgeordnete Herrgott hat eine Interpretation anderer Anträge verlangt. Der Reichspräsident ermächtete, daß er dieser Anträge billige. Wird die Regierung geteilt, haben neue Sanctionen bevor. (Stürmischer Widerspruch rechts.) Wer die Regierung nicht, trägt schwere Verantwortung. Wenn wir in zehn Minuten die Entscheidung hier fällen werden, soll sich jeder der Verantwortung bewußt sein.

Die Abstimmung ist geschlossen. Es folgt die Abstimmung. Der Präsident stellt fest, daß zunächst über den Vertrauensvotum der Regierungsparteien abgestimmt wird. Sollte er angenommen werden, sind die anderen Anträge erledigt.

Annahme des Vertrauensvotums.

Mit 20 gegen 18 Stimmen wird das Vertrauensvotum in wesentlicher Abstimmung vom Reichstag angenommen. 16 Abgeordnete haben sich der Abstimmung enthalten. Im ganzen haben abgestimmt 41 Abgeordnete. Für das Vertrauensvotum wurden Jentsch, Demmler und Sozialdemokraten. Dagegen wurden Deutschnationalist, Deutsche Volkspartei, die evangelischen Unabhängigen und die freien konservativen Gruppen.

Das Ergebnis der Abstimmung wird bei der Regierungspartei mit lebhaftem Beifall und Heulendstößen angenommen.

Die kommunistischen Anträge werden rückgängig gemacht. Die Disziplinierungsanträge usw. werden gegen die Stimmen der Kommunisten und Unabhängigen abgelehnt.

Fortsetzung der zweiten Lesung des Reichsmietengesetzes. Heydemann (Komm.): Im Kapitalismus kann das Wohnungswesen nicht gehindert werden.

Budjuhn (DDP.) verlangt Zustimmung darüber, warum der Reichsrat das Gesetz nicht für verfassungsgemäß gehalten hat. Heydemann (Z.): Der Hausbesitzer ist in Zukunft nur der Reichsmietenschutz. Dem Gesetz muß der Sozialistenscharakter genommen werden. Nur dann können wir zustimmen. Belthn (Z.) wendet sich gegen die Zentralisation der Mietvereinsämter.

Die Aussprache schließt damit. — Die Abstimmungen erfolgen morgen.

Präsident Löbe teilt mit, daß

das endgültige Ergebnis der Abstimmung

sich folgendermaßen gestaltet: Es wurden abgegeben: 421 (nicht 331) Stimmen, mit Ja haben 220 Abgeordnete, mit Nein 185 gestimmt.

Nächste Sitzung, Donnerstag, 2 Uhr: Deutsch-schweizerischer Schiedsgerichtsvertrag. Kleine Vorlagen. — Schluß 7 Uhr.

Französisch-russischer Vertrag?

Die von Radel dem „Matin“-Vertreter Sauerwein gegenüber schon angekündigte Annäherung zwischen Paris und Moskau, wobei Moskau die Abkehr von Frankreich von England etwas loszulassen, während Frankreich in Russland den Borran gewinnen will, findet eine rasche Befestigung durch den Abschluß eines vorläufigen Abkommens zwischen dem französischen Außenministerium und dem Sowjetminister Sobolev. Nach einer TL-Meldung entwickelt ein Gewährsmann, der infolge seiner guten Beziehungen zu Sowjetrußland in der Lage ist, schon jetzt wesentliche Gesichtspunkte der vorläufigen Abmachungen zu kennen, folgendes Bild:

Das Abkommen betrifft zwei Hauptgegenstände. Einmal soll sich Russland verpflichten, seine im Vertrag von Tilsit festgesetzten Rechte auf Wiederherstellung (Reparationen), was die Exekutive dieser Rechte anlangt, an Frankreich abzugeben, und Frankreich liefert auf Grund dieser Rechte Russland die Lieferung von Sachwerten in Höhe von 800 Millionen Goldfranken aus Deutschland zu. Russland ist damit in die Lage versetzt, ohne Ausfuhr von Gold oder Waren einen großen Teil der Wiederaufbauarbeiten seines Landes auf Kosten Deutschlands zu leisten.

Dafür aber erkennt Russland im Grundlag die Berechtigung der französischen Forderung auf Bezahlung der Vorkriegs- und Kriegsschulden in Höhe von 20 Milliarden Goldfranken an. Das bedeutet, daß Russland in vollständige wirtschaftliche und politische Abhängigkeit von Frankreich gelangt, und daß infolgedessen Frankreich sich ein Prioritätsrecht auf alle von Russland zu vergebenden Konzessionen sichern kann. Frankreich hat damit sich ein wirtschaftliches Vorkrecht gesichert, was in der Welt einzig dasteht.

Der Vertrag bedeutet nach Ansicht des diplomatischen Gewährsmannes den Schlüssel einer gegen die asiatische Weltmacht gerichteten Koalition aus Frankreich, Sowjetrußland, der Türkei und der mohammedanischen Bevölkerung Asiens.

Rußlands Reparationsforderungen.

Berlin, 16. Februar.

Die „Deutsche Allgemeine Zeitung“ berichtet die Meldung aus Moskau, daß in dem sowjetischen Moskauer Presseorgan eine Mitteilung veröffentlicht wurde, die sich gegen den grundsätzlichen Bericht Russlands auf die Reparationsforderungen an Deutschland wendet. Die D. A. Z. meint, diese Darlegungen im amtlichen Organ der russischen Räteregierung machen es immer wahrscheinlicher, daß die Forderungen über den Inhalt eines solchen abgeschlossenen französisch-russischen Vertrages im wesentlichen den Tatsachen entsprechen.

Neue Fasziisten-Unruhen in Finnland.

Leipzig, 15. Februar.

Nach Meldungen aus Finnland kam es dort gestern zu neuen Unruhen. Nachmittags überfielen Fasziisten mit Bomben und Gewehrfeuer das Polizeiamt. Es entzündete sich ein blutiger Kampf, in dem es beiderseits mehrere Tote und Vermundete gab. Fasziisten räumten einen Wagon aus, mit für die Polizei bestimmten Uniformen, übergossen die Uniformen mit Petroleum und Benzin und steckten sie in Brand. Die Bevölkerung befindet sich in größter Unruhe. Viele Familien wollen flüchten. Die Fasziisten besetzen die Ausgänge der Stadt mit Patrouillen.

Argentinsische Schiffsläufe in Deutschland.

London, 15. Februar.

Reuter meldet aus Buenos Aires: Die argentinsische Regierung beschloß, von Deutschland zehn Schiffe von je 5000 Tonnen und acht weitere Schiffe von geringerer Tonnage anzukaufen. Sie sollen als Hilfsschiffe für die Marine Verwendung finden.

Der dänische Lohnkampf.

Kopenhagen, 15. Februar.

Die angekündigte große Aussperrung ist gestern Abend in Kraft getreten. Die Aussperrung umfaßt ca. 200 000 Arbeiter einschließlich der Arbeitlosen, deren Zahl ca. 90 000 beträgt. Die Vereinigung der Arbeitgeber hat eine Reihe weiterer Aussperrungen für diejenigen Betriebe angekündigt, die bisher nicht betroffen waren. Die Arbeiterorganisationen ihrerseits kündigten den Streik für eine Reihe Unternehmen an, die von der Aussperrung ausgenommen waren. Die staatliche Schlichtungsbehörde wird heute den Versuch machen, die Parteien einander näher zu bringen.

Die Suche nach den Erberger-Mördern.

Berlin, 15. Februar.

Wie aus Budapest gemeldet wird, beschäftigt es sich, daß zwei böhmische Kriminalbeamte im Auftrag der Staatsanwaltschaft Offenbach sich mehrere Wochen in Budapest aufhielten, um die Mörder Erbergers, Schulz und Lilkes, aufzufinden zu machen. Die böhmischen Beamten haben dabei im engsten Zusammenhänge mit den dortigen Behörden gearbeitet und weitgehende Unterstützung in einem Budapest Hotel war einwandfrei festgestellt. Die Suche nach den Mördern dürfte heute

jaßen. Anscheinend haben die Mörder aber von den Nachforschungen gegen sie Wind bekommen und Budapest verlassen. Man nimmt an, daß es ihnen inzwischen gelungen ist, sich ungarische Pässe zu verschaffen. Die Nachforschungen nach den Mördern werden auf die Provinz ausgedehnt.

Eine klassische Antwort.

Die Deutschnationalen hatten im Landtag eine kleine Anfrage eingebracht, ob das Bild aus Göttingen von Verlichingart, das der Königsberger Polizeipräsident in einem Zeitungsartikel angezogen hatte, um dem Redakteur des dortigen Blattes das Maß seiner Achtung genau auszudrücken, das neue klassische Amtsdeutsch darstelle. Die klassische Antwort der Regierung auf diese kleine Anfrage lautet: „Nein“.

Die Flucht des Oberleutnants Dittmar.

Auf die kleine Anfrage der Mitglieder der kommunistischen Fraktion im Preussischen Landtag erhielt der Justizminister folgende Antwort:

„Dittmar war im dritten Stockwerk des Gerichtsgefängnisses in Naumburg in Einzelhaft untergebracht. Die Innenhöfe wurden in der Nacht von 2 Strafanstaltsbeamten begangen, von außen patrouillierten in etwa einfüßigen Paufen Beamte der Schutzpolizei um die Gefängnismauer. Nach Auffassung des Vertreters des Oberreichsanwalts, der das Gefängnis am 22. Dezember 1921 besucht hat, sind damals die Sicherungsmassnahmen durchaus ausreichend gewesen.“

Die Flucht ist in der Zeit von 1 Uhr bis 1,30 Uhr nachts ausgeführt, nachdem die Innenhöfe zuletzt um ¼ vor 1 Uhr und die Außenmauern um 5 Minuten vor 1 Uhr abgegangen worden waren. Dittmar hat mit vier Stahlhämern, deren Herkunft noch nicht ermittelt ist, das Gitter seiner Zelle durchdrückt, sich dann an einem aus Bettzeug und Bindfaden selbstgefertigten Strick herabgelassen und ist mit einer Leiter und einem Sack, welche die Betreuer herbeigebracht hatten, über die Mauer entwichen.

Bisher liegen keine Anhaltspunkte für ein Verschulden eines Strafanstaltsbeamten vor. Ein bestimmtes Urteil läßt sich erst nach Abschluß der eingeleiteten Ermittlungsverfahren, die mit Nachdruck betrieben werden, abgeben. Die Kriminalpolizei verfolgt mit besonderer Aufmerksamkeit alle Spuren, die auf Vorkehrungen gegen ein Entkommen Dittmars ins Ausland getroffen.

Wenn Staatsanlagen privatisiert werden!

Im Hauptausschuß des preussischen Landtages gab es am Dienstag eine Aufsehen erregende Enthüllung. Eine Mitteilung des Genossen Hue, wonach die Westfälische Transport-A.G. sich ein Monopolrecht auf dem Dortmund-Emis-Rauval anmaßt, indem sie das Beladen von Kohlenläden verhindert, wenn nicht ihre Schlepper, sondern die anderer Firmen gemietet werden, fand lebhaften Widerspruch eines an der Westfälischen Transport-A.G. beteiligten Abgeordneten. Genosse Hue versprach, für diese Behauptung dokumentarische Unterlagen dem Ministerium zur Verfügung zu stellen. Im weiteren Verlauf der Debatte wurden aber noch Feststellungen getroffen, die geeignet sind, die Realitäten der Privat-Monopolisten hitzig zu beleuchten und ihr Schmecken nach Privatisierung des Duisburg-Ruhrorter Hafens verständlich zu machen.

Für den Ausbau der Hafenanlagen in Emden fordert der Haushalt über 51 Millionen Mark. Nach der auffälligen Tatsache beträgt, warum Emden nicht wie Duisburg-Ruhrort überbaut wurde, erklärte die Regierung, daß die dortigen Anlagen seit 20 Jahren an eine Privatgesellschaft vermiert sind. Diese Gesellschaft, die Westfälische Transport-A.G. (Stahlwerkverband, Rohleisenverband und Kohlenorbitat) zahlte einen Pachtpreis, der einer 2%igen Verzinsung des Anlagekapitals entspricht! Daneben soll dem Staat die Hälfte des Reingewinns zufließen. Von solchem Reingewinn ist aber seit dem Jahre 1911 nicht mehr die Rede gewesen! Die Westf. Transport-A.G. macht aber um so bessere Geschäfte. Sie verteilte im letzten Jahre 15% Dividende und 10% Bonus.

Diese Tatsachen sind einfach skandalös und unsere Genossen beantragen sofort, daß die Regierung eine Denkschrift mit genauen Angaben über die Verhältnisse vorlegt. Der Ausdruck beschloß, dem zu entsprechen. Nach diesen Vorgängen wird die Sehnsucht der Monopolisten auf Privatisierung der Anlagen von Duisburg-Ruhrort verständlich.

Hilferuf aus dem hungernden Russland.

Moskau, 14. Februar.

Der Vorsitzende des Exekutivkomitees des Tschuwassengebietes sandte an C. Zinnen, den Generalsekretär des Internationalen Gewerkschaftsbundes, folgendes Telegramm: Das Exekutivkomitee des Tschuwassengebietes wünscht, der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale seinen aufrichtigen Dank für die der hungernden Bevölkerung geleisteten Dienste auszusprechen. Wir sprechen im Namen Hunderttausender Tschuwassensinder und ihrer Eltern, die weder ihre Kinder ernähren noch sich selbst erhalten können, und die ohne Hilfe dem Hungertode preisgegeben sind. Die Leiden der Hungernden sind unbeschreiblich. Seit August ernähren sich mehr als 90 Prozent der Bauern von allen möglichen Surrogaten. Brot wird aus Stroh bereitet mit einer kleinen Zugabe von Kartoffeln. Aber die Kartoffelvorrate und alle irgendwie brauchbaren Surrogate waren noch vor Eintritt des Winters verzehrt. Die Bevölkerung ist jetzt das von den Dächern genommene Stroh, Lehm und die Kadaver verrotter Tiere, jede Art Lebewesen, Gras und Wurzeln jeder Art. Die Sterblichkeit nimmt erschütternde Dimensionen an. Vom Anfang der Hungerperiode bis zum 1. Januar wurden 250 000 Todesfälle infolge des Hungers verzeichnet. 131 127 Menschen sind infolge des Hungers von schädlichen Surrogaten erkrankt. Ungefähr 765 000 Personen einschließlich 310 000 Kinder (22 Proz. der gesamten Bevölkerung) befinden sich im Zustand des absoluten Hungers. Die fürchterlichste Zeit ist gekommen, und die große Mehrheit der Bevölkerung steht vor dem Hungertode. Tragödien, die nicht mehr menschlich genannt werden können, spielen sich in den Häusern und Hütten ab. Ganze Familien verüben Selbstmord. Kinder werden von ihren Eltern, Eltern von ihren Kindern ermordet. Ganze Familien verlassen ihr Heim, um auf der Suche nach Nahrung planlos umherzuirren und von Kälte und Hunger unterwegs zu sterben. Jeder europäische Arbeiter und Bauer, der Hilfe schickt, kann das Leben seiner Arbeiter- und Bauernbrüder retten. Tausende Tschuwassensinder, die von den vom Gewerkschaftsbund geschickten Lebensmitteln satt geworden sind, sind von unaussprechlicher Dankbarkeit für die von fernem Genossen in fremden Ländern geschickte Hilfe erfüllt. Hunderttausende stehen um Brot. Die

Bereits geleistete Hilfe erweckt Hoffnung in jenen, die noch nichts bekommen haben, und die zum Hungertode verurteilt sind. Diese Tausende strecken ihre Arme den westlichen Brüdern entgegen. Im Namen der internationalen Einheit der Völker, im Namen der brüderlichen Solidarität der Werktätigen aller Länder bitten wir Euch, alles zu tun, was in Euren Kräften steht, um uns zu helfen.

Moskau, 14. Februar.

Im Derbatschewer Kreis (Gouvernement Saratow) ist die Hungertatstrophe besonders groß. Alle Vorräte, Strohdächer, Hunde, Katzen und Ratten sind längst aufgezehrt. Es mehren sich Raub und Mord. Man stiehlt Kinder und schlachtet sie. In der Nacht werden die Leichen der Verstorbenen ausgegraben, um als Nahrung zu dienen.

Peinliche Gäste.

Aus Moskau erfahren wir: Dieser Tage traf hier mit einem bedeutenden Lebensmitteltransport für die Hungernden eine Delegation der Amsterdamer Gewerkschaftsinternationale ein, die aus Vertretern der englischen, belgischen, deutschen und lettischen Gewerkschaften besteht. Die Bolschewiken verheimlichen das Eintreffen der Delegation vor den russischen Arbeitern; in der Sowjetpresse wird ihre Ankunft mit keinem Worte erwähnt. Gemäß der Vereinbarung, die die Sowjetregierung vor zwei Monaten mit O'Grady abgeschlossen hat, ist der Delegation für ihre Hilfsleistung das Tschuwaschengebiet zugewiesen worden. Mit vollem Bewußtsein ist gerade ein Gebiet gewählt worden, in dem es keine Industrie gibt, damit die Amsterdamer Gewerkschaftsdelegation nicht in Verührung mit der russischen Arbeiterklasse kommen soll. Der Gewerkschaftsdelegation sind weit weniger Rechte einräumt worden, als der von den Regierungen und der kapitalistischen Kreisen geschaffenen Hilfsorganisation „Ara“.

Die Ankunft der Amsterdamer Delegation ist nur dadurch registriert worden, daß Lojowski den der Roten Gewerkschaftsinternationale angeschlossenen Organisationen den Befehl erteilte, von nun ab die Organisationen, die zur Amsterdamer Internationale gehören, nicht als „aebde“ zu bezeichnen.

Die nichtkommunistischen ausländischen Gäste werden sehr kühl behandelt; es wird ihnen nichts gezeigt. Als die deutschen Genossen beim Vorstand des Metallarbeiterverbandes erschienen und den Wunsch aussprachen, daß ihnen irgend ein Betrieb gezeigt werde, entstand eine wahre Panik. Man fürchtete bei Melancholik und dann bei Lojowski an, um entsprechende Weisungen zu erhalten. Lojowski sträubte sich lange dagegen, daß der Wunsch der deutschen Gewerkschafter befriedigt werde, und nur auf das energische Drängen der letzteren wurde schließlich die Genehmigung erteilt, daß ihnen einer der Moskauer Fabrikbetriebe gezeigt werde.

Im Namen des Königs!

Immer wieder hält es unsere Justiz für notwendig, ihren wahren Charakter als Stütze der Reaktion öffentlich zu manifestieren. Konstant wird neulich ein Urteil zitiert, das an der Spitze den Vermerk „Im Namen des Königs“ trug, so liegt uns heute ein Urteil vor, an dessen Kopf auch prangt: „Im Namen des Königs“. Es ist ein Anerkennsurteil des Amtsgerichts Prenzlau, das sich auch im Urteilstext immer noch als das „Königliche Amtsgericht“ (sogar zweimal) bezeichnet. Das Urteil steht auf einem jener alten Formulare, die seitdemerwiesene drei Jahre nach der Revolution immer noch nicht alle geworden sind und in denen man sämtliche „königlichen“ Vorbrücke stehen gelassen hat, obwohl an anderen Stellen die notwendigen Durchstreichungen ganz richtig und sorgfältig vorgenommen worden sind. Das Urteil trägt die Gesch. (nummer C. 41/21 (Klappenbach gegen Fuchs) und ist ausfertigt von dem Justizobersekretär Buchholz am 12. September 1921.

Zum Streikrecht der Beamten.

Der „Kollsbote“ hat seine Stellungnahme zum Streikrecht der Beamten deutlich dargestellt. Ohne an dieser Stellung an sich etwas zu ändern, bruden wir eine Erklärung der Reichsgewerkschaft deutscher Eisenbahnbeamten“ ab.

Diese Erklärung ist geeignet, manchen Streikvorgang in ein wesentlich anderes Licht zu rücken. Nicht mit Unrecht weist die Reichsgewerkschaft besonders auf die Tatsache hin, daß das Verkehrsministerium eine Organisation, die das Streikrecht für sich in Anspruch nahm und den Streit vorbereitete, bis zum letzten Augenblick durch Beurteilungen begünstigte, seine Beamten in dieser Organisation arbeiten ließ, um dann hinterher die Führer zu bestrafen.

Weiter führt die Reichsgewerkschaft folgendes an: Der § 2 ihrer Satzungen lautet: „Die Reichsgewerkschaft bezweckt unter Anwendung aller gewerkschaftlichen Mittel die Wahrung gemeinsamer Standes- und Berufsinteressen der Eisenbahnbeamten und ihrer Anwärter.“ Die Reichsgewerkschaft ist in das Vereinsregister eingetragen. Zuvor erhielt der Berliner Polizeipräsident eine Abschrift der Satzungen durch das Amtsgericht zur Nachprüfung. Während einer Frist von sechs Wochen hat der Polizeipräsident der Eintragung in das Vereinsregister nicht widersprochen. Auch der Registrartichter hatte keine Bedenken, die Gewerkschaft in das Vereinsregister einzutragen.

Der Reichsverkehrsminister kannte die Satzungen der Reichsgewerkschaft seit ihrer Schaffung, samt dem das Streikrecht proklamierenden § 2. Er hat nichtsdestoweniger die Reichsgewerkschaft bis zum Tage des Streikausbruchs als eine legale Organisation behandelt und hat amtlich mit ihr verkehrt. „Mit ihm haben im ganzen Reiche die Direktionspräsidenten und deren Untereinstanzen das gleiche Verhalten an den Tag gelegt, d. h. also, der gesamte Apparat des Reichsverkehrsministeriums hat jahrelang praktisch die mit der Waffe des letzten gewerkschaftlichen Mittels im Arsenal dastehende Reichsgewerkschaft anerkannt.“ Und das, trotzdem der Streikrechtsparagraf im Januar 1921 praktische Folgen zeigte. Die Reichsgewerkschaft hat damals eine Urabstimmung ihrer Mitglieder über einen Streik vorgenommen. „Keine Feder aus den Reihen der Eisenbahnbehörden vom Ministerium herab bis zu den örtlichen Vorständen regte sich, um das Beginnen der Reichsgewerkschaft zu verhindern oder auch nur zu mißbilligen.“ Obwohl 85 Prozent aller Abstimmen sich für den Streik erklärten. „Wohl hat Minister Groener sich gelegentlich als Gegner des Streiks bekannt; man kann aber sehr wohl „Gegner“ des Streiks sein, ohne das Recht des Streiks zu beschneiden.“

Der Vorstand der Reichsgewerkschaft stellte dem Reichsverkehrsministerium das bekannte Ultimatum mit der Androhung des Streiks. Auch jetzt fiel es niemand ein, ein Streikverbot zu erlassen. Wie sollte sich da die Beamtenklasse, dessen versehen, daß nachträglich der Streikbeschluss für ungesetzlich erklärt werden könnte.“

Erst nachdem der Streit im vollen Gange war, kam das Verbot des Beamtenstreiks.

Auf Grund dieser Tatsachen, die zweifellos bei näherer Betrachtung des Verhältnisses zwischen Reichsverkehrsministerium und Reichsgewerkschaft noch wesentlich vertieft werden könnten, gewinnen die Klagen über die jetzt eingehenden Maßnahmen gegen die am Streit aktiv oder passiv beteiligten Lokomotivführer ein besonderes Gesicht. Den Massendisciplinierungen gegenüber erklärt die Reichsgewerkschaft, daß es ihr außerordentlich schwer gemacht werde, ihre Mitglieder vom Wiedereintritt in den Streit abzuhalten.

Nach zehn Jahren.

Von H. Scheidemann.

Bei den Reichstagswahlen am 12. Januar 1912 hatten mehr als 4 250 000 mehr als 25 Jahre alte Männer für die Sozialdemokratische Partei gestimmt! Von je 30 Wählern stimmten schon mehr als zehn sozialdemokratisch. Unsere Partei hatte 110 Mandate gewonnen. Die Demokratie hatte sich also in einer Weise gerech und gestreckt, die das Heulen und Zähneklappen in den Reihen der Junker und Ruder durchaus begreiflich machte. Vernunft nahmen sie aber nicht an.

Die Wahlen von 1912, die uns einen Zuwachs von mehr als 1 Million Stimmen seit 1907 gebracht hatten, sollten die letzten bleiben unter dem früheren Wahlverfahren. Der Krieg stürzte die alte Herrschaft. Der Zusammenbruch, nicht eine „gemachte Revolution“, machte die Sozialdemokratie zur Regierungspartei.

Jurid. zum Jahre 1912.

Als stärkste Fraktion des Reichstags hatten wir nach parlamentarischem Gebrauch Anspruch auf den Präsidenten. Die Fraktion sagte aber am 6. Februar 1912 folgenden Beschlus:

1. Die Fraktion verzichtet auf die Stelle des Präsidenten im Reichstage, auf den sie nach ihrer Stärke und nach der bisherigen Übung Anspruch hat. Dagegen erhebt sie Anspruch auf den Posten des ersten Vizepräsidenten.

2. Die Fraktionsvorsitzenden Bebel, Haase und Molkenbuhr werden beauftragt, sich zum Zweck einer Verständigung auf dieser Grundlage mit Vertretern der liberalen Parteien in Verbindung zu setzen.

3. Die Übernahme irgendwelcher Verpflichtungen außer den in der Geschäftsordnung begründeten wird abgelehnt.

Da eine Verständigung mit den in Betracht kommenden Parteien nicht herbeizuführen war, stimmte die Fraktion bei der Wahl des Präsidenten für Bebel. Das Wahlergebnis war am 8. Februar folgendes: Es wurden abgegeben gültige Stimmen 385, die absolute Mehrheit betrug also 193. Davon erhielt Dr. Spahn (Z.) 185, Bebel (Soz.) 110, Prinz Carolath (Nat.) 88 Stimmen, Professor Paasche (Nat.) 1, Heine (Soz.) 1 Stimme. Da die absolute Mehrheit von keinem der Kandidaten erreicht worden war, mußte nach der Geschäftsordnung zwischen „den Jüden“ — in diesem Falle also allen! — Höchstbestimmten Stichwahl stattfinden. Auch der zweite Wahlgang brachte keine absolute Mehrheit. Es erhielten: Spahn 186, Bebel 114 und Prinz Carolath 85 Stimmen. Im dritten Wahlgang zwischen den beiden Höchstbestimmten wurde nunmehr Dr. Spahn mit 196 Stimmen gewählt; für Bebel hatten 175 Abgeordnete gestimmt.

Bei der Wahl des ersten Vizepräsidenten wurden abgegeben für Scheidemann (Soz.) 188, Dr. Diederich (K.) 174 und Professor Paasche 3 Stimmen.

Ich war damit, und zwar als der erste Sozialdemokrat überhaupt, zum 1. Vizepräsidenten gewählt worden. Zum 2. Vizepräsidenten wurde Professor Paasche (Nat.) gewählt, dem auch die sozialdemokratischen Stimmen zufließen, nachdem seine Partei, wenigstens zum erheblichen Teil, für den Sozialdemokraten gestimmt hatte.

Nach der Wahl des „roten Präsidenten“ begann in der reaktionären Presse eine geradezu tolle Hege, besonders auch gegen die Nationalliberalen, die ihre Stimmen für diesen „Beschimpfer der Hohenzollern“ abgegeben hatten. Man grub Reichstagsreden von mir aus und zählte nach, wie oft ich schon „zur Ordnung“ gerufen worden war. Auf Spahn und Paasche wurde so lange eingewirkt, bis sie ihre Ämter wieder niederlegten. Die Herrschaften rechneten damit, daß ich auch davonlaufen würde, nachdem die beiden anderen sich gefügt hatten. Davon konnte selbstverständlich keine Rede sein.

Am 14. Februar eröffnete ich die Sitzung des Reichstages und ließ die Ersatzwahlen für die Entflohenen vornehmen. Gewählt wurde als Präsident Kämpf, als 2. Vizepräsident Dove, beide Mitglieder der Fortschrittlichen Partei.

In den paar Wochen, die wir gemeinsam im Präsidium saßen, vertrugen wir uns ausgezeichnet. Beide hatten auch Verständnis für meine Weigerung, zum Kaiser zu gehen. Es war nämlich gebräuchlich, daß jedes neue Präsidium beim Kaiser um Empfang bat; das lehnte ich ab, weil ich niemals Neigung gehabt habe, irgendwo hinzugehen, wo der andere reden kann, was er mag, ich selbst aber nur beantworten durfte, wonach ich vielleicht gefragt werden könnte.

Es suchten dann die Herren Kämpf und Dove für sich allein um Empfang beim Kaiser nach. Sie wurden aber abgelehnt, und zwar nach einer vom Reichstagsbureau damals veröffentlichten Mitteilung wie folgt:

Der Präsident des Reichstags Dr. Kämpf hat Seiner Majestät dem Kaiser die geschäftsordnungsmäßige Anzeige von der Konstituierung des Reichstages erstattet. Gleichzeitig hat der Präsident beim Oberhofmarschallamt angefragt, ob und wann Seine Majestät ihn und den Vizepräsidenten Geheimrat Dove empfangen wollen. Darauf hat der Oberhof- und Hausmarschall Erzengel Graf Eulenburg geantwortet, daß Seine Majestät für die Absicht der persönlichen Vorstellung bestens danken lassen, aber verhindert ist, die Herren zu empfangen.

Es begann nun das Geheul gegen den „roten Vizepräsidenten“ von neuem. Der Kaiser habe ganz recht gehabt, nach diesem Verhalten des einen, auch die beiden anderen nicht zu empfangen. Zu den Abgeordneten, die sich öffentlich auf die Seite des Kaisers stellten, gehörte auch Erzberger, der sich im „Berliner Lokal-Anzeiger“ so äußerte:

Der Kaiser konnte gar nicht anders handeln, wie er getan hat ... denn wenn er anders handelte, würde er der deutschen

Sozialdemokratie bezw. ihrer Reichstagsfraktion ein Privilegium — sagen wir, ihn zu brüstern, eine Sonderbeziehung — einräumen. Und dies ist doch ganz ausgeschlossen. ... Ich glaube nicht, daß der Kaiser diesem Vizepräsidenten die maßlosen und haltlosen Angriffe, die er gegen das königliche Haus gerichtet hat, nachträglich, und ich bin sogar bez. Ansicht, daß, wenn Scheidemann sich seinen Präsidialkollegen angeschlossen hätte, auch dieses Präsidium vom Kaiser empfangen worden wäre, denn der Kaiser denkt in solchen Dingen, wie er schon oft bewiesen, viel zu vornehm, als daß er persönliche Angriffe nachtragen würde.

Wie vornehm der Kaiser denken konnte, mußte Erzberger später sehr deutlich empfinden, denn ihn bezeichneter der Kaiser ja in Randbemerkungen zu gewissen Kriegsaktien als „Hund“ und „Salunko“.

Nach der Geschäftsordnung des Reichstages muß jedes Präsidium sich nach vierwöchiger Geschäftsführung einer Neuwahl unterziehen. Es war ganz selbstverständlich, daß an meine Wiederwahl nicht zu denken war. Aber wenn mir in meiner kurzen Geschäftsführung nicht beizukommen gewesen war, so sollte mir in der letzten Sitzung, in der ich präsidierete, noch ein Bein gestellt werden. Ich mußte als 1. Vize die Wahl des Präsidenten vornehmen lassen. Beim ersten Namensaufruf im neuen Reichstag ließ mit dem Buchstaben A beginnen, bei der zweiten Abstimmung mit B usw. — Ich stellte also fest, daß der Namensaufruf mit dem Buchstaben A beginne. Obwohl ich sehr deutlich sprach, merckten allerlei geistreiche Herren zu mir hinauf: „A?“ — „Ja: „A!“ — Die Geistreichen rechts: „B?“ — „Ja: Nein, A, wie — Kame!“

Ich habe selten eine solche Heiterkeit im Reichstag erlebt wie die, die daraufhin einsetzte. Der freundliche Zuruf „Kame!“ war sozusagen mein Abschiedsgruß gewesen. Erster Vizepräsident wurde Paasche.

In jenen Wochen habe ich Bebel als einen Mann kennen gelernt, der vor dem Parlament und parlamentarischen Gehirnen eine mirlich erstaunliche Hochachtung hatte. Ich will dafür ein Beispiel anführen. Es war früher üblich im Reichstag, daß der Präsident offiziell aus seiner Fraktion austreten mußte, um vollkommen „frei“, d. h. unbehindert von seiner Fraktion, in himmlischer Unparteilichkeit seines Amtes walten zu können. Daß ich, obwohl nur 1. Vizepräsident, nach der Demission Spahns und Paasches der einzige Präsident war und am Vormittag des Tages an dem ich die Reichstagsitzung eröffnen sollte, in einer Fraktionsbesprechung erschienen, ließ Bebel keine Ruhe, bis ich den Saal wieder verlassen hatte. Seine Autorität war so groß, daß die Fraktion ihm nicht widersprach, als er ausführte, daß ich der 3. St. einzige Präsident der Fraktion fernbleiben müsse, um ganz unbeeinflusst zu bleiben.

Heutzutage sehen wir die Wahl eines Sozialdemokraten in das Reichstagspräsidium als etwas Selbstverständliches an. Vor zehn Jahren war es ein Ereignis, das im In- und Ausland großes Aufsehen machte.

Vor zehn Jahren war der große Wendepunkt in der deutschen Politik deutlich genug markiert worden — damals hätte eine weisse Regierung die Zeichen der Zeit verstanden und der Demokratie die Wege ebnen müssen. Statt dessen wurde nach den alten konservativen Schablonen weiter darauflos „regiert“ und mit dem Säbel gerastet. Jeder dritte Wähler war schon sozialdemokratisch und trotzdem fand sich bei den Regierenden kein Verständnis für die dringende Notwendigkeit, zunächst wenigstens in Preußen mit Reformen zu beginnen. Reform der Dreiklassenwahl in Preußen? Lächerlich! Rechtserweiterung für das Herrenhaus! — Frauenwahlrecht? Irrsinn! — Mehr Sozialreform? Unsinn! Mehr Soldaten!

Ein demokratisches Deutschland nach dem Volksentscheid von 1912 hätte den Krieg 1914 zur Unmöglichkeit gemacht. Aber selbst in Kriege haben sich die Regierenden, weil sie Angst vor der Junckerclique und den Ludendorffern hatten, ja noch lange Zeit geweigert, auch nur das Wahlrecht in Preußen zu ändern.

Die herrschenden Klassen und Claque bei uns waren mehr oder weniger alle mit Blindheit geschlagen. Sie haben niemals die Zeichen der Zeit verstanden und glaubten stets an die Macht der Bajonette. Daran glauben sie jetzt noch. — Deshalb wollen wir Augen und Ohren offen halten; auf daß uns peinliche Ueberraschungen erspart bleiben.

Volkswirtschaft.

Butterauktion.

Hamburg, 15. Februar.

Feste, aber hohe Butterpreise. Auf der heutigen 85. Auktion der Meierei-Verbände von Schleswig-Holstein zeigte sich wiederum eine sehr rege Kauflust. Trotz der etwas reichlicheren Zufuhren konnten sich die Preise auf der Höhe der bei den letzten Auktionen erzielten halten. Die Preise betragen 47,40 bis 48 Mk. das Pfund zuzüglich 1 Prozent Kavelingsgeld. Auf der letzten Versteigerung am 1. Februar wurden bezahlt 47,80 bis 48 Mk. Danach stellen sich die Butterpreise im Laden für allereinstufige Meiereibutter 55 Mk. per Pfund, Abfallende entsprechend billiger.

Devisen-Kurse.

Berlin, 15. Februar.

Amthche Devisennotierung an der Berliner Börse.

	15. Febr.	14. Febr.	
Amsterdam	100 fl.	7482.50	7442.55
Brüssel (Antwerpen)	100 Frs.	1658.80	1638.85
Kristiania	100 Kr.	3914.15	3276.70
Kopenhagen	100 Kr.	4130.85	4084.40
Stockholm	100 Kr.	3244.75	3179.80
Helsingfors	100 Finn. Mk.	397.10	393.60
Rom	100 Lire	977.50	952.—
London	1 £	874.10	867.60
New York	1 Doll.	199.50	199.80
Paris	100 Frs.	1733.25	1723.25
Zürich	100 Frs.	3001.05	3896.10
Madrid	100 Pesetas	3151.80	3116.85
Wien	100 K.	6.48	6.33
Budapest	100 K.	30.86	31.08
Prag	100 K.	878.10	877.10

Verantwortlich: Für Politik und Volkswirtschaft Dr. J. Leber; für Freistaat Lübeck und Feuilleton Hermann Bauer; für Partei und Gewerkschaften August Schulz; für Interat Heinrich Steinberg. Verleger: Heinrich Steinberg, Druck von Friedrich Metzger & Co., sämtlich in Lübeck.

Preis das Paket Mk. 2.50.

Gewaschen mit
Dixin
Herstellere
Henkel & Co
Düsseldorf

Henkel's Seifenpulver

Durch günstigen Einkauf verkaufe
Pa. jr. Kalbfleisch Pfd. 11.00
 Braten Pfd. 12.00, Kalbsharen 10.00
Pa. jr. Schweinefleisch Pfd. 21.00
 Kopf m. voller Fetth. u. Eisbein 18.00
Pa. bief. Ochsenfleisch Pfd. 15.00
 Had 16.00 (18155) Ochsenbacken 10.00
 Tel. 2188. **O. Stöver, Wahnfr. 22.**

**Billige
Februar-Angebote**

In allen Abteilungen unseres Hauses.

Donnerstag □ Freitag □ Sonnabend
Porzellan und Steingut
besonders preiswert!

Porzellan		Steingut	
z. T. mit kleinen Fehlern		Reguläre Ware	
Obertassen 2.50 2.10 kl.	150	Teller 24 cm, tief und hoch	250
Kaffeekannen 17.50	1250	Kartoffelschal. Deck.	1450
Milchgießer 3.50	185	Gemüseschal. Deck. u. Gitter	3650
Zuckerdosen .. groß	325	Gewürztönnch. 6 im Satz	1575
Kuchenteller . 25 cm	875	Vorratstonnen. groß	450
Butterdosen	1350	Essig-u.Ölflasch. St.	225
Honigdosen	475	Salz- u. Mehlmetzen Stück	1125
Senfmenagen	225	Milchtöpfe ... 3/8 Liter	525
Abendbr.-Teller Feston	350	Milchtöpfe ... 3/4 Liter	725
Saucieren mit Tellerfuß	1475	Waschschalen 40cm	4250
Gemüseschal. mit Deckel	1850	Wasserkannen 14.50	1250
Tonnengarnit. 16teil.	9850	Nachtgeschirre bun	1375

Speiseservice
23teilig..... **285.00**

Waschservice
5teilig, große Form... **82.00**

Holstenhaus

Lübeck * Das leistungsfähige Kaufhaus für Jedermann * G.m.b.H.

Verkauf im III. Stock.

Adolf Borgfeldt

Inh.: Herm. Kubli
Gegründet 1880.

Mühlenstraße Nr. 36, 39, 44, 49, 71.
Fernsprecher 672 und 678.

Das schmänsche
Spezialgeschäft Lübecks für:
Oefen und Herde

18122) Abteilung IV
Reparaturen.

Unschöner von Ofen, Herden, Grube-
herden und Gaskocher

in eigener Schlosserei und Töpferei
fachgemäß und preiswert.

**AUFFALLEND
BILLIGE PREISE!**

Stouts voi', 80 cm breit, Mtr. **19.80**
Hemdentuch 70 cm breit, Mtr. **19.75**
Handtücher 42 cm breit, 18158) Mtr. **14.80**

Strümpfe :: Korsetts :: Wäsche
Schürzen :: Normalhemden.

Heinrich Beck.

Herren-Gummimäntel Mk. 450.- 550.- 850.- 1200.-
Damen-Gummimäntel " 550.- 750.- 850.-
Herren-Lodenmäntel " 350.- 475.- 550.- 850.-
Damen-Lodenmäntel " 475.- 575.- 850.-
Manchester-Anzüge für Herren und Knaben

Stiefelhosen Brecheshosen (12854)

Damenwesten 135.-

Strickjacken 350.-

Garnituren 575.-



St. 34
Tel. 1965

Wir bieten an:

Kleiderbarchent . . m	19.00
Barchent, einfarbig . . m	16.00
Blusenstoffe . . m 42.50,	28.00
Kleiderschotten m 33.00,	28.00
Kleiderdrucks . m 19.50,	17.00
Normalhemden	69.00
Normalhosen dopp. Brust	52.00
Prinzessunterröcke .	139.00
Untertailen	16.00
Wolle, schwarz u. grau, Lage	18.00
Nessel, extra schwere Qualität, hemdentuche in hervorragenden Qualitäten. (18145)	

Fertige Bettbezüge, prima
Streiseln,
schr preiswert.

Walter Griephan & Co.
Lübeck, Hüxstraße 74.

F. Lucht, Hüxstr. 59

SCHUHWAREN:

Konfirmanden-Stiefel von Mk. 195 an.
Herren-Zugstiefel - Damen-Stiefel
Alle Arten Kinder-Stiefel.

Zentral-Theater

Johannisstr. 25. Nur bis Montag! Fernruf 1359.

Hanni Welbe, Grete Welxler
und Ernst Dernburg in

Die Günde der Adrienne Bernard

5 Akte a18161

Das grinsende Gesicht

Nach dem Roman „L'homme qui rit“ von Viktor Hugo
in einem Vorspiel und 5 Akten.
Spielzeit 4-11 Uhr. Beginn der Abendvorstellung 8 Uhr.
Künstlerische Anstaltbegleitung.

Samstag ab 2 Uhr: **Große Kindervorstellung.**

Bekleidungsarbeiter-Verband
Filiale Lübeck.

Einladung zum

Winter-Vergnügen

am Sonnabend, dem 18. Februar, im
Gewerkschaftshaus, Johannisstr. 50-52.

Kassenöffnung 6 1/2 Uhr. Anfang 7 Uhr.

Damenkarte 4 Mk. } einschl. Steuer.
Herrenkarte 6 Mk. }

13121 Das Komitee.

Hodermann.

Morgen Freitag (18157)

Gr. Extra-Konzert

unter Mitwirkung
des Herrn Wahl vom Hansa-Theater.
Anfang 8 Uhr. Ende 12 Uhr.

SATYRIN (gold u. silber).

die neuen Hormon-Präparate für Männer und
Frauen, vermitteln schnelle und nachhaltige
Steigerung der

Energie, insbesondere der Herren- u. Sexualkräfte.

Depot: St. Lorenz-Apothek, Lübeck.

Zahlreiche Anerkennungen. Originalpackung
Mk. 4.- (18123)

Att.-Ges. Hormona, Düsseldorf-Grafenberg.

Lübed. Genossenschaftsbücherei

Einladung zum

33. Stiftungsfest

am Donnerstag, den 23. Febr. 1922
im **Gewerkschaftshaus.**

Mitwirkende: Fr. Buchholz (Sopran)
Herr Heimberg (Tenor)
Mitglieder des Lübeder Stadttheaters,
und der Chorverein Lübeck.

Localöffnung 6 1/2 Uhr, Anfang 7 Uhr.
Eintritt Mk. 8.-, Steuer 2.40,
gültig für 1 Herrn u. 1 Dame.
18142) Der Vorstand und der Aufsichtsrat.

Güddeutscher Verein.

Am Sonnabend, 18. Februar,
abends 7 Uhr,

Masten-Ball

im „Kolosseum“

Für Nichtmaskierte Kappenzwang.
Eintritt 7 Mk. und 2.80 Steuer.

18127) Der Vorstand.

Der gute Geruch



der feine Gehalt,
dazu gehört die
Rotfroschgestalt!

Erdal

putzt die Schuhe, pflegt das Leder.

Alleinhersteller Werner & Mertz A.-G. Mainz (18124)

Allgemeiner Deutscher
Gewerkschaftsbund.
Ortsausschub
Schwartau-Rensefeld.
(18128)

Sitzung

am Sonnabend, 18. Februar
abends 8 Uhr

im Gasthof Transvaal.

Erscheinen der Dele-
gierten ist unbedingt er-
forderlich.

**Sitzung
der Betriebsräte**

von Schwartau u. Umgeg
am Sonntag, d. 19. Februar
nachmittags 4 Uhr

im Gasthof Transvaal.

Erscheinen sämtlicher
Betriebsräte ist unbed-
ingt erforderlich.

Der Vorstand.

**Sterbefälle
Die Vertrauliche**
Lübed.

Die Kaffe wird für das
Kalenderjahr 1922 ver-
treten durch die Herren
Wilh. Drath
und
Heinr. Hamann,
als verwaltende Vor-
steher, und tritt in Be-
dingungs-fällen f. einen
der Vorgenannten Herr
Paul Rosin als Erhäh-
mann ein. (18144)

Den 13. Februar 1922

Der Vorstand.

**Konsum-Berein
für Lübed und Umgegend**
e. G. m. b. H.

**Bezirks-
Versammlung**

für die Mitglieder der
Warenabgabestellen 1
(Königsstr.) 10 (Bq. Koh-
berg) u 26 (Fischergrube)

am Freitag, dem 17. Februar,
abends 7 1/2 Uhr,

im kleinen Saale des
Gewerkschaftshauses,
Johannisstraße.

Tagesordnung:

- I. a) Geschäftsbericht.
- b) Berlegung des Ge-
schäftsjahres.
- c) Erhöhung des Ge-
schäftsanteils.
- d) Eigene Bäckerei.
- II. Bericht des Genessee-
schaftsats.
- III. Ergänzungswahl des-
selben. (18138)
- IV. Genossenschaftliches.

Wegen der wichtigen
Tagesordnung bitten wir
um recht zahlreiches Be-
such. — Vertammungs-
total ist gezeigt.

Der Vorstand.

Hansatheater.

Heute Donnerstag
18020) 7 1/2 Uhr:

Er und seine Schwester
mit Reinhold Wolf und
Friedel Seadgalla in
den Hauptrollen.

Freitag 8 Uhr:
Einmaliges Gastspiel
des berühmten
Petz-Kainer-Balletts.

Stadttheater Lübeck

Donnerstag, 16. Febr. 7.30

Zum ersten Male!
Neuheit! Die Valle-
rina des Königs.

Gastspiel von Eva-
Alice Gron.

26. Ab.-Vorst. Bst. B.

Freitag, 17. Februar, 7.30

Carmen.

26. Ab.-Vorst. Bst. B.

Sonnabend, 18. Febr., 7.30

Bohème. (Auser Ab.)

Sonntag, 19. Febr., 2 U.

12. Vorst. f. d. Arb.-Sti-
tungsvorereim

Tannhäuser. (18138)

Kart. a. d. Theaterkass.

7.30 Uhr: Carmen.

Freistaat Lübeck. Donnerstag 16. Februar.

Zur Aufklärung für Rentenempfänger. Ein Teil der Invaliden- und Altersrentner beklagt sich darüber, daß ihm die Bezüge gekürzt seien, die ihm nach ihrer Meinung zustehen auf Grund des Gesetzes über die Kostandsmassnahmen zur Unterstützung von Rentenempfängern vom 7. Dezember 1921. Wer glaubt, daß ihm unrecht geschehen ist bei der Zuteilung des Anteils der Unterstützungssätze, wende sich in Lübeck an die Leitung des Wohlfahrtsamtes und in der Provinz Lübeck des Landbesteuers Oldenburg an die Regierung in Cuttin.

Der erste Antrag zur Gewährung der Unterstützung ist an die Gemeindeverwaltung des Wohnortes des Rentenempfängers zu stellen. (In Lübeck Untertrave 104, Zimmer 27).

Die §§ 1 und 2 des Gesetzes enthalten die Bestimmungen über die Gewährung der Unterstützung und welche sonstigen Einkommen von der Unterstützung zu kürzen sind.

Die Gemeinden sind verpflichtet, deutschen Empfänger von Renten aus der Invalidenversicherung und der Angestelltenversicherung auf Antrag eine Unterstützung nach Maßgabe der folgenden Vorschriften zu gewähren.

Die Unterstützung ist in der Invalidenversicherung in einer solchen Höhe zu bemessen, daß das Gesamthauseinkommen des Empfängers einer Invaliden- und Altersrente den Betrag von 2000 Mark, einer Witwen- oder Witwerrente den Betrag von 2100 Mark, einer Waisenrente den Betrag von 1200 Mark erreicht.

Entsprechende Unterstützung sind an Empfänger von Ruhegeld oder Hinterbliebenenrente aus der Angestelltenversicherung zu gewähren, an Witwen jedoch nur, wenn sie invalide im Sinne der Invalidenversicherung (§ 1258 Abs. 2 der Reichsversicherungsordnung) sind.

Hat der Empfänger Kinder unter fünfzehn Jahren, die nicht auf Grund der Reichsversicherungsordnung, des Versicherungsrechtes für Ansehlische oder des Reichsversicherungsrechtes vom 12. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 989) oder anderer Militärversorgungsgesetze eine Rente beziehen, so erhöht sich die für das Gesamthauseinkommen anzuzehrende Grenze um 500 Mark für jedes Kind. Für das vierte und jedes weitere Kind beträgt diese Erhöhung 600 Mark. Elternlose Enkel unter fünfzehn Jahren, deren Unterhalt der Empfänger der Rente ganz oder überwiegend bestreitet, werden den Kindern unter fünfzehn Jahren gleichgestellt.

Bei Berechnung des Gesamthauseinkommens bleibt das Arbeitseinkommen der Rentenempfänger bis zum Jahresbetrage von 2000 Mark außer Ansatz.

Bis zum Betrags von 600 Mark insoweit sind auf das Gesamthauseinkommen nicht anzuzehrende Bezüge auf Grund des Reichsversicherungsrechtes vom 12. Mai 1920 (Reichs-Gesetzblatt S. 989) oder anderer Militärversorgungsgesetze, aus der Knappschaftlichen Versicherung, aus öffentlichen oder privaten Versicherungsunternehmungen, aus privaten Unterstützungseinrichtungen sowie aus Sparausbehalten. Die Bezüge der Hinterbliebenen sind hierbei zusammenzurechnen. Einkommen aus Unterstützung durch Angehörige ist auf das Gesamthauseinkommen insoweit nicht anzuzehrend, als es über die gesetzliche Unterhaltspflicht oder über vertraglich übernommene Verpflichtungen hinausgeht.

Nach § 5 des angeführten Gesetzes erhalten Anstalten, die Rentenempfänger beherbergen und verpflegen, innerhalb der aus § 2 Abs. 1 sich ergebenden Einkommengrenze Zuschüsse zum Pflanzgeld der Anstaltskosten.

Manche Unstimmigkeiten werden sich bei der Ausführung des Gesetzes ergeben, namentlich bei Anrechnung von Unterstützungen, die Rentenempfänger durch Angehörige erhalten, und von solchen Verwandten, die gesetzlich zum Unterhalt verpflichtet sind.

Die Höhe der Unterstützung soll zunächst unter Zugziehung von Personen aus der Kreise der Versicherten oder der Rentenempfänger erfolgen. In Lübeck werden aus den Kreisen des Rentenempfängervereins Mitarbeiter hinzugezogen.

Himmelserscheinungen im Februar. In der zweiten Hälfte des Februar haben wir Gelegenheit, ein ebenso seltenes wie merkwürdiges Schauspiel am gestirnten Himmel zu beobachten; der uns immer näher kommende und sehr helle Planet Mars wird sich einem Fixstern so bedeutend nähern, daß er mit diesem für das bloße Auge vollkommen zu einem einzigen Gestirn verschmilzt und für ein schwach vergrößerndes Instrument einige Tage lang ganz zu einem scheinbaren Doppelstern wird. Dieser Fixstern, Beta des Skorpions, strahlt in weitem Licht. Mit ihm gelangt Mars am 22. Februar, um 8 Uhr 20 Minuten nachmittags, in Konjunktion und ihm nähert er sich hierbei rüstlich bis auf den außerordentlich geringen Abstand von 1 Bogenminute, d. h. etwa den 30. Teil des Monddurchmessers. Da sich die Annäherung heiterer Gegend naturgemäß vollzieht, sieht man diese bereits eine Woche lang vorher und ebenso lange nachher eng beisammen stehen.

Erweckt die Konjunktion schon an und für sich das Interesse aller Beobachter, so geschieht dies in noch höherem Maße wegen der gleichzeitigen zu erwartenden auffallenden Farbenwechsel des Sternes Beta Scorpii. Da nämlich Mars in lebhaft orange-gelber Farbe strahlt und den Fixstern um ein Vielfaches an Helligkeit übertrifft, wird er die weiße Farbe seines ihm zeitweilig so nahen Nachbarn völlig verändern und in ein leuchtendes Grünblau verwandeln. Der Farbenwechsel geschieht ebenso allmählich wie die Annäherung beider Gestirne und verschwindet auch ebenso, wie sie sich wieder voneinander entfernen, so daß die größte Intensität bei der Konjunktion selbst erreicht wird. Dann aber werden die Gestirne genau denselben Anblick gewähren wie die starfarbigen Doppelsterne. Die roten Strahlen des Marslichtes löschten die gleichen Strahlen des weißen, mitsinnigen roten Strahlen enthaltenden Fixsternlichtes aus; infolgedessen fehlt dem Sterne diese Lichtart, und die anderen Strahlen treten stark hervor, so daß er grünblau erscheinen muß.

Zu Beobachtungen am Fixsternhimmel eignet sich ebenfalls die von Monatsfinstern weniger gestörte zweite Monatshälfte. Die höchste Bracht entfaltet am Abend der Südhimmel, wo die von hellen Gestirnen bestreuten winterlichen Sternbilder glänzen. Um 10 Uhr steht im SSW der Orion in aufrechter Haltung hoch über dem Horizont; links unterhalb, gerade im S, erhebt man den Großer Hund mit Sirius. Zwischen Stier und Zenit bemerkt man den Kaurmann mit der strahlenden Capella. Im N streift der Widder dem Horizonte zu, das Sternbild, in dem vor zweitausend Jahren der Frühlingspunkt lag, und dessen Zeichen die Kalender deshalb noch heute als erstes führen, obwohl der Frühlingspunkt längst in die Nische zurückgewandert ist. Den NW zeichnen die drei sich abwärts reichenden Hauptsterne der Andromeda und auf der Milchstraße die einem V ähnende Figur der Cassiopeia aus. Tief im NN leuchtet Deneb im Schwan, und den Nordpunkt besetzt gerade der helle Stern Wega in der Leier. Am NO-Horizont steht man den farbenprächtigen Arctur im Bootes und hoch darüber den Gr. Kären. Zwischen beiden gewahrt man die Nordstunde, in denen sich ein wunderbarer Spiralnebel befindet, auf dessen Windungen man freudig blickt, während man den araken Spiralnebel in der Andromeda in schräger Stellung vor Augen hat.

Steuerabzug bei nicht voller Beschäftigung. Wenn ein Arbeiter nicht voll beschäftigt ist oder ein erber mehrere Tage in der Woche die Arbeit versäumt hat, so sind viele Unternehmungen der Meinung, daß wenn der Lohn nur für die wirklich geleistete Arbeitszeit gezahlt ist, auch der Steuerabzug entsprechend sein müsse. Wenn beispielsweise ein Arbeiter statt sechs Tage in der Woche nur fünf oder weniger Tage gearbeitet hat, zahlen die meisten Unternehmer laut Arbeitsvertrag bei wöchentlicher Lohnzahlung auch nur für fünf Tage Lohn und berechnen dementsprechend auch den Steuerabzug. Dadurch ermäßigt sich dieser nicht um 4,80 Mk. pro Woche, sondern in diesem Falle um 5 x 80 Pfg. = 4 Mk. Hat der Arbeiter Familie, so ist die Differenz natürlich erheblich größer.

Sat er z. B. eine Frau und zwei Kinder, dann erhöht sich dieser Differenzbetrag auf 5,80 Mk., da bei wöchentlicher Berechnung von der Steuer in Abzug kämen 2 x 4,80 = 9 Mk., 2 x 7,20 = 14,40 Mk. und 1 x 10,80 Mk., zusammen demnach 34,80 Mk., während bei täglicher Berechnung dieser Steuerermäßigung letztere bei fünfzügiger Arbeit pro Woche betragen würde: 5 x 80 Pfg. x 2 = 8 Mk., 5 x 1,20 x 2 = 12 Mk. und 5 x 1,80 = 9 Mk., zusammen 29 Mk. Wird noch weniger gearbeitet, dann ist der Differenzbetrag bei dieser Berechnung nach Tagen oder auch Stunden noch beträchtlich größer. Solche Arbeiter zahlen dann, wenn diese Verkürzung der Arbeitszeit längere Zeit bestehen bleibt, bedeutend mehr Steuern als solche, die vielleicht in einer Woche denselben Lohn wie erstere in drei Tagen verdienen. Diese Ungleichheit läßt sich bei unständigen Arbeitern, die bald hier, bald dort, ein oder mehrere Tage oder Stunden arbeiten, bei dem jeweiligen Steuerabzugsinstem schwer beseitigen. Anders aber bei den Arbeitern oder Angestellten, die ein festes Arbeitsverhältnis haben. Sie haben ein Recht darauf, zu verlangen, daß die Ermäßigungen danach berechnet werden, wie die Lohn- oder Gehaltszahlungen erfolgen. Hierbei können sie sich auf die Ausführungsbestimmungen zum § 46 des Einkommensteuergesetzes stützen, worin § 6 wie folgt lautet:

„Für die Bemessung der anzuwendenden Ermäßigungen ist maßgebend, ob die Zahlung des Arbeitslohnes nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten erfolgt. Darunter ist nicht zu verstehen, daß der Arbeitslohn nach Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten bemessen wird, sondern maßgebend ist die Lohnzahlungsperiode, also daß der Arbeitslohn nach Ablauf von Stunden, Tagen, Wochen oder Monaten ausbezahlt wird.“

Diese Bestimmung ist durchaus klar. Wo dagegen verkoren wird, was bei Kurzarbeit namentlich eine große Rolle spielt, haben die Betroffenen die Möglichkeit, die Unternehmer darauf hinzuweisen und, wenn das nicht hilft, die Entscheidung der zuständigen Finanzämter oder des Finanzministeriums anzusuchen.

Ueber Berufsberatung und Lehrstellenvermittlung wird uns von der Berufsberatungsjelle im Arbeitsamt, Untertrave 104, geschrieben: Zahlreiche Knaben, die Eltern zur Schulentlassung kommen, haben noch keine Lehrstelle, viele sind auch heute noch nicht schlußig über den Beruf, den sie ergreifen wollen. An die Eltern ergeht die dringende Aufforderung, sich mit ihrem Kinde baldigst an die Berufsberatungsjelle zu wenden, die unentgeltlich und unparteiisch Rat und Auskunft über alle Berufsfragen gibt und auch in der Lage ist, geeignete Lehrstellen nachzuweisen. Es liegen Lehrstellen aller Art vor, insbesondere für das Metallgewerbe (Formere, Schlosser-, Schmiede- und Klempnerlehrlinge), für das Baugewerbe (Maurer-, Zimmerer-, Dachdecker- und Malerlehrlinge), für das Buchdruckgewerbe (Schriftsetzer-, Drucker- und Steindruckerlehrlinge), Außerdem werden gesucht Schneider-, Tapezier-, Kürschner-, Friseur-, Bäcker-, Schlächter- und Tischlerlehrlinge. Groß ist auch die Auswahl an Lehrstellen für kaufmännische, technische und Rechtsanwaltsbureaus. Bei dieser Gelegenheit sei darauf hingewiesen, daß viele Berufe, die bei der Jugend nicht sehr beliebt sind, dringend des Nachwuchses bedürfen und für die Zukunft die besten Aussichten bieten; so vor allen Dingen das Baugewerbe. Auch haben die Vergütungsbedingungen während der Lehrzeit heute in vielen Berufen eine Höhe erlangt, die sich den Löhnen ungelerner jugendlicher Arbeiter nähern. Es ist daher nicht zu verstehen, wenn für eine ordnungsmäßige Lehre geeignete Knaben sich dem ungelerten Beruf zuwenden, bietet doch ein gelernter Beruf eine weit bessere und sichere Zukunft, Befriedigung und die nötige Berufszweidigkeit. Also nochmals: wendet euch scheunigst an die berufene Stelle, die Berufsberatung im Arbeitsamt.

Gehaltsbewegung der Angestellten der Industrie. Während im Klein- und Großhandel die Vermittlung des Schlichtungsaussschusses angerufen werden mußte, ist es in der Industrie auf dem Wege der freien Vereinbarung zu einer Verständigung gekommen. Alle Angestellten erhalten im Januar um durchschnittlich 10 Proz. gegenüber Dezember erhöhte Gehälter. Ueber die Festlegung der Gehälter für Februar wird Ende des Monats verhandelt werden. Gehaltsbewegung der Angestellten im Kleinhandel. Der vom hiesigen Schlichtungsaussschuss gefällte Schlichtungsbescheid, der eine gleiche Bezahlung der männlichen Angestellten im Klein- und

Eine dunkle Tat. Roman von Levin Schäding.

30. Fortsetzung. Viertes Kapitel.

„Zieh die Vorhänge zurück,“ sagte Katharina von Plassenheim an dem Wirtgen zu ihrem Kammernmädchen und schlug ein Buch auf, das vor ihr lag; es war ein Band von Montaigne. Die Vorhänge von gelber chinesischer Seide mit roten und weißen Blumen rauchten zurück; das Tageslicht fiel hell in das Zimmer und glänzte auf dem schwarzen Laß des Tisches, auf den Katharina den Arm stützte. Sie betrachtete die Blatte desselben, auf der goldene Malereien eine chinesische Landschaft mit einer Gruppe Mandarinern darstellten; dann die hellblaue Blumenwand vor ihr, die den Mangel eines Straußes durch die abenteuerlichsten Gewächse und Rankenverwicklungen ersetzen zu wollen schien, die in roter Farbe mit der Glasur eingebraunt waren. Dann ließ sie ihr Auge auf die Supporte gleiten, ein ziemlich wertvolles Delgemälde in französischem Geschmack mit einem kraus verknüpften Rahmen aus Stuckwerk umher.

„Nein,“ sagte sie, vor sich hinflüsternd; „hier doch wenigstens etwas Mythologisches zur Abwechslung; eines sitzende Rajade und ein Faun; nun es paßt auch. Sonst alles kitschlich; sind es die Künstler, die sich damit über ihre Zeit lustig machen wollen oder ist dieser Geschmack von einer inneren Bahnbewandtschaft eingegangen? Die Menschen werden immer kitschlicher; kitschig, egoistisch, eingekerkert; die Sitten bis zur Verzerrung in Unnatur verfallend; der einzige Unterschied ist, daß man bei uns der Jopi im Nacken trägt und die Chinesen ihn auf dem Wirbel tragen.“

Stiftenperiode, die vor allen Dingen eine sehr große Ergebenheit an den Tag zu legen geeignet waren, machte er der Dame keine Reuerenz und küßte ihre Hand. „Ich freue mich außerordentlich, Sie so wohl zu sehen, Herr von Drielsch,“ sagte Katharina; „Sie müssen sich in der Residenz verjüngt haben, oder ich habe Ihnen früher unrecht getan, wenn ich Sie für einen Herrn über vierzig hielt.“

Als Herr von Drielsch jedoch nach seiner Brille suchte, um das, was er die schönsten und gelungensten Stellen nannte, ihr vorzuweisen, sprang sie auf einen anderen Gegenstand der Unterhaltung ab und sagte: „Wie fatal und verdrießlich muß es doch für einen Herrn von Ihren Verdiensten sein, sich in einer so gefährlichen als unpaßenden Lage zu befinden; es tut mir wirklich in der Seele leid, Herr von Drielsch, wenn Sie mir anders die Teilnahme vergönnten, die mich drängt, Ihnen dies auszudrücken.“

„Das Herr von Drielsch suchte nach seinem Hut, als Katharina ihn unterbrach.“ Herr von Drielsch, geben Sie doch um Gottes willen unserer makabren Gesellschaft die Blöße nicht; fügen Sie Ihren Freunden nicht diese Schmach, diese tiefe Beschämung zu, wenn es hieße, Sie seien davon gelaufen!“

Großhandel vorsteht. In von beiden Vertragspartnern angenommen worden. Danach betragen die Gehälter in der Gruppe I 1230 Mark bis 2040 Mark. Anfang nächster Woche wird voraussichtlich über die Festsetzung der Gehälter für Februar verhandelt werden. Nähere Auskunft erteilt der Zentralverband der Angestellten, Johannisstraße 48, 1. Geschäftszeit von 9-1 Uhr und 4-7 Uhr.

Von der Schifffahrt. Die Okean-Hilfs-Expedition des Kreuzers „Medusa“ vorläufig beendet. Der Kreuzer „Medusa“ ist von seiner Hilfs-Expedition nach dem Rigaischen Meerbusen zurückgekehrt und in Pillan eingelaufen. Von den im Eile festliegenden Schiffen konnten vier — darunter zwei Dänen — befreit werden. Die andauernde strenge Kälte, durch die das Eis rasch zunahm, machte es dagegen unmöglich, an die übrigen Schiffe heranzukommen. Da auf einzelnen von ihnen der Proviant ausging, beschränkte man sich darauf, Schlittene Expeditionen auszurüsten und die Schiffe ausreichend mit Lebensmitteln zu versorgen. Während die Schlitten unterwegs waren, nahmen die Eismassen derartig zu, daß der Kreuzer sich in die Jelenstraße und weiter nach Windau zurückziehen mußte. Die Schlitten erreichten inzwischen ihr Ziel und konnten den 80 Kilometer langen Rückweg über das Eis und über Land nach Windau in mehreren Tagen zurücklegen, wobei sie auf bereitwilligste Unterstützung der leitenden Behörden stießen. — Wann die Expedition fortgesetzt werden kann, ist zurzeit nicht zu übersehen und hängt von Kohlenversorgung des Schiffes und den Wetterverhältnissen ab. Solange die Kälteperiode andauert, sind weitere Versuche ausgeschlossen. — Hilfslos im Eise treibend wurde der Dampfer „Kralau“ von der aus 14 Mann bestehenden Besatzung verlassen. Das Schiff befand sich mit Kohlen und Koks von Hull nach Helsingborg auf der Reise. Bei Binga geriet es in starke Eispressungen und trieb bis Tangen. Durch den starken Eisdruck wurde es fest und außerdem war der Proviant ausgegangen. — Schwere Eisangang auf der Unterelbe. Bei Wülfsblut liegen eine ganze Anzahl feuerwärts bestimmter Dampfer. Eisbrecher können in dem Massenus nichts ausrichten. — Anlauf deutscher Schiffe durch Argentinien. Die argentinische Regierung beschloß, von Deutschland zehn Schiffe von je 500 Tonnen und acht weitere Schiffe von geringerer Tonnagezahl anzukaufen. Sie sollen als Hilfschiffe für die Marine Verwendung finden. — Ein sehr günstiges Geschäftsergebnis hat die Hamburg-Südamerikanische Dampfschiff-Fahrtsgesellschaft im abgelaufenen Geschäftsjahre erzielt. Der Aufsichtsrat der Gesellschaft beschloß, der Generalversammlung eine Dividende von 28 Prozent vorzuschlagen.

Jahresbericht der Ortsgruppe Lübeck des Arbeiter-Mittelschulvereins. Unter den Nachwirkungen des Krieges war unsere Ortsgruppe sehr stark zusammengesunken. In der ersten Hälfte des Jahres 1921 wurden gegen den Volkswind Alkohol zu Anfang des Jahres 1921 kaum gedacht werden konnte. Trotzdem nahmen wir unsere Arbeit im Dienste der sozialistischen Arbeiterbewegung am Anfang des Jahres 1921 wieder auf. Als günstige Gelegenheit zur Ausbreitung unserer Ideen wurde, wie auch in früheren Jahren, die Meißler-Veranstaltung, mit dem Hinweis auf die Schäden, welche der Alkoholismus dem Volksganzen und besonders der Arbeiterklasse verursacht, waren an geeigneten Stellen am 1. Mai angebracht. Infolge Einigenkommens der Geschäftsleitung des „Lübecker Volksboten“ war es uns möglich, mit der gesamten Auflage ein Flugblatt zu verbreiten, dessen Inhalt wichtige Hinweise auf die Bedeutung der Alkoholfrage für die deutsche Volkswirtschaft brachte. Um die Freunde und Anhänger der Arbeiter-Sportvereine auf die Zusammenhänge zwischen sportlicher Leistung und Alkoholgenuss hinzuweisen, leiteten wir uns mit dem höchsten Arbeiter-Sportverein in Verbindung. In verständnisvoller Weise fanden wir auch hier Einigenkommens, und gelangte infolgedessen eine größere Anzahl unserer Flugblätter „Freunde des Arbeiter-Sports“ in die Hände der Sportgenossen. Einige Mitglieder unserer Ortsgruppe entfalteten eine rege Betätigtigkeit zur Gewinnung von Abonnenten für unser Bundesorgan „Der abstinente Arbeiter“. Es gelang, eine Anzahl Abonnenten zu gewinnen, die schon bisher unseren Bestrebungen einiges Interesse entgegengebracht hatten. In der Abhaltung des Jahresfestes der Arbeiter-Sportvereine übernahm die Leitung unserer Ortsgruppe einen Vortragsabend, wo über „Alkoholismus und seine Wirkungen“ gesprochen wurde. Der Vortrag einer größeren Anzahl Vorberichter bei dieser Gelegenheit, sowie die lebhafteste Ausdrucksweise gaben Zeugnis davon, daß unsere jugendlichen Klubgenossen und — genossen ein lebhaftes Verlangen nach Aufklärung auch über die Alkoholfrage haben. Aufgabe der führenden Kreise innerhalb der Arbeiter-Jugendbewegung wird es in Zukunft mehr als bisher sein müssen, diesem Verlangen nach Aufklärung Rechnung zu tragen; an anderer Stelle soll es nicht fehlen. Das leider wieder vermehrte Ansehen der Alkoholiker veranlaßt im Berichtsjahr auch einzelne und kommunale Behörden, sich für den Kampf gegen den Alkohol zu interessieren. Aber auch diese werden einsehen müssen, welche andauernde und zum Teil unerschöpfbare Aufgabe diese Arbeit ist. Solange nicht unsere Volkswirtschaften in Staat und Gemeinde bereit sind, tatkräftig mitzuarbeiten, um die Macht, die das gewaltige Alkoholkonsumat auf unser volkswirtschaftliches, kulturelles und humanes Leben ausübt, allmählich zu bekräftigen. Wieder sind wir glücklich so weit, daß die Opfer der Trunksucht die öffentliche Meinung in demselben Maße wie vor dem Kriege in Anspruch nehmen. Die Lübecker Arbeitervereine sind sich genötigt, zur Erleichterung der bei ihr anhängig gemachten Trunksüchtigen auch unsere Ratschläge anzuhören. Und wir müssen hoffen, denn es sind unsere Klubgenossen, die unserer Hilfe bedürftig. Aber fragen dürfen wir auch, was es notwendig, daß es wieder soweit kommen dürfte? Wie liegen wir, denn bald zwei Jahrzehnte haben wir, soweit es mit unserer schwachen Kräfte möglich war, innerhalb der Arbeiterklasse daran gearbeitet, um die breite Masse als auch die Führer auf die große Bedeutung der Alkoholfrage hinzuweisen. Wir können nicht umhin, auch denjenigen ein Teil des Gedächtnisses an der letzten geliebtesten Zusammenkunft des Alkoholismus zu geben, die aus aus Mangel an oder bösem Willen bei unserer Aufklärungsarbeit an Ansehen zwischen die Beine geworfen haben. Soviel sollte endlich jedem aufklärerischen Arbeiter klar sein, daß die großen Probleme für die Zukunft der Arbeiterklasse nicht am Bierstisch gelöst, aber durch die Alkoholfrage betrachtet werden können. Einige Anzeichen an besserer Einsicht machen sich in letzter Zeit bemerkbar. Hoffen wir, daß die Alkoholfrage der letzten Zeit nicht, die Überzeugung ausbreiten, daß es im Alkoholismus in nicht weiter geben kann. Wir leben aber erkennen aus den Zeitverhältnissen, daß unsere intensive Weiterarbeit notwendig ist im Kampf um eine bessere Zukunft.

Ein reichlicher Schneeeinbruch wurde aus in der vergangenen Nacht über Lübeck, nachdem die langanhaltende Kälte geendet war. Es herrscht jetzt noch ein milde Regen, mit dem sich die Winter zum allmählichen Abklingen neigt. In den letzten Tagen scheint es sich, daß der wegen seines strengen Regimes gefürchtete Winterzeit trotz des bösen Blickes nicht mehr so ernst genommen zu werden braucht. Denn um die Mittagszeit zeigte sich der Sonnenschein durch das bewölkte den Gewölkern durch. Der Eis der letzten ist auch ein so wesentlicher, da die Straße für Bretramaterialien bis zu 12 Mt. pro Tonne in die Höhe gehoben wurde. Da macht es keinen Spaß mehr, die mit kaltem Scheller zu befeuchten. Des Nachts fast das Thermometer wieder etwas an den Gefrierpunkt heran. Nach der Wetterbericht aus den Okeanen wird über ein Abwachen der Kälte. In Argentinien und bei Clingen fand das Thermometer Dienstag auf dem Taupunkt. Eine größere Kälte herrscht auch in Schweden und Norwegen, die 7 Grad unter Null stehen. Stockholm verzeichnete 6 Grad Kälte. — Die Eisbrecher der Lübecker Kanalarbeit sind heute schon in der Lübecker Stadt, welche bei

dem starken Frost am letzten Sonntag und Montag fest angefroren ist, wieder möglichst weit nach See zu aufzubrechen, damit bei Abwanderung der Eisverhältnisse in der weiteren Offsee die Schiffe sofort aus Lübeck auslaufen können.

Bekämpfungen von Schwindelbriemen. Die Zentralstelle zur Bekämpfung der Schwindelbriemen in Lübeck teilt mit: In der Schütz-Alliengemeinschaft, Berlin SW., Hollmannstr. 17, nannten die Kaufleute Hans Jächler und Günter Benjamin ihr mit der Ichigen Gertrud Gebhardt zusammen betriebenes Unternehmen. Anfang Februar mieteten sie unter dieser Firma im dritten Stock eines Berliner Hinterhauses zwei kleine Zimmer, die nur zur Abnahme von Briefen und Waren dienten. Die Frau Jächler-A. G. machte unter ihrem wohlklingenden Namen Verkäufe auf alle möglichen Waren, auf Portland-Zement, Gerste, Uhren, Schuhnägel, medizinische Instrumente und was sonst erzählbar war. Wo sie nicht auf Kredit geliefert erhielt, verzichtete sie auf Lieferung; wo sie Ware bekam, verkaufte sie dieselbe sofort weiter, verkaufte auch Waren, die sie noch gar nicht hatte, wogegen eine gegen Anzahlung auf den Kaufpreis, ohne dann natürlich zu liefern. Die Straßenerfolgung ist eingeleitet. — An der & Fall, Berlin-Wilmersdorf, vergeben den Generalvertrieb eines Sicherheitsriegels, der früher unter dem Namen „Dux“, jetzt unter dem Namen „Falk“ in den Handel gebracht wird. Die Vertreter, denen glänzende Zeugnisse von verschiedenen großen Polizeibehörden in Abschrift vorgelegt werden, müssen sich zur Abnahme größerer Mengen der Riegel verpflichten. Von zahlreichen Vertretern wird über völlige Unverfälschtheit der Sachen geklagt, sie seien zu teuer, auch viel zu plump und roh gearbeitet. Die polizeilichen Zeugnisse sind in höchst bedenklicher Weise dadurch verfälscht, daß die Firma sich von einzelnen Polizeikommissionen rein private Bekämpfungen ausstellen ließ und in der Abschrift den amtlichen Stempel der Polizeibehörde hinzufügte, um auf diese Weise den Eindruck zu erwecken, als lägen amtliche Gutachten über die Brauchbarkeit ihrer Schußvorrichtung vor. — Zentralverband zum Schutze deutscher Erfinder, Organisation für Wohlfahrt und Selbstschutz, e. V., Hauptbüro Bremen, nennt der frühere Schlossergeselle, frühere Schuhmann Josef Krell in Bremen, Bischofsnadel 5, sein Patentbureau, das nach dem Eindruck der verwendeten Geschäftsbriefbogen aus vier selbständigen Abteilungen besteht, eine ganze Reihe Bankkonten aufzuweisen hat, besondere Einrichtungen des ersten und zweiten Stockes, sowie besondere Lagerräume einer Prüfungskommission besitzt. Der ganze „Zentralverband“ besteht aus Krell und den weiteren sechs Vorstandsmitgliedern. Das Geschäft wird, da Krell überhäuft ist, auf den Namen seiner Ehefrau betrieben, angeschlossen sind darin ein Zeichner und eine Stenotypistin, die jedoch nur nebenhermäßig zwei bis drei Stunden abends dort arbeiten. Die Eingaben und Briefe des Krell lassen erkennen, daß ihm die Fähigkeit, eine Erfindung sachgemäß zu bearbeiten, abgeht. Vor einer Verbindung mit dem Zentralverband, der keine Beziehung zu Unrecht führt, ist dringend zu warnen.

st. Am Zentral-Theater in der Johannisstraße ist wieder ein vorzügliches Programm zu sehen. „Das riesende Gesicht“ ist ein Film, der in England spielt und von der Entführung kleiner Kinder handelt. Diese Kinder wurden dann teilweise verkleinert und zum Betteln abgerichtet. Erbschaftssteueraktionen veranlassen eine verwandte Linie des vorerwähnten Hauses, dem natürlichen Erben aus der Welt zu schaffen. Wie schon oft bei dergleichen Vorkommen, hatten die geborenen Mörder nicht den Mut der Tat. Der hochgeborene und inmitten entstellte Knabe konnte entfliehen und fiel harmlosen Gauklern in die Hände. Im Mannesalter wurde das verübte Verbrechen zuhause und dem verlorenen Sohn mit argem Kommi die Herzogswürde verliehen. Nun kommt das natürliche als Mitglied der Reichskammer predigte er seinen Standesgenossen die Schandtaten der oberen Klassen, die von Not und Elend, von Kammer und Sorgen keinen Schimmer keine Ahnung haben. Er schilderte mit beredten Worten die überaus traurigen Verhältnisse der armen Leute, die unter der Beamten gebildeten Verbrechen unfähig leiden mußten, und forderte zur Abhilfe auf. Es sagte uns nichts. Die Lords hielten nicht nur empfindungslos, sie lachten ihn ganz gründlich aus. Entsetzt über solche Gefühlslosigkeit warf er seine Herzogswürde ab und ging wieder zu seiner Gauklerei in den Theatervorstadt, wo er wie ein Held zurunde sitzt. Der andere Film: „Die Sünde der Adienne Bernad“ spielt in neuerer Zeit, er ist genau wie der obige mit berühmten Künstlern besetzt.

Ginwelle auf Verammlungen, Theater usw.

An die Arbeiter- und Angestelltenvereine Lübeck. Wir verzeihen hiermit nochmals auf die heute und morgen stattfindenden Vorträge „Die weiße Seuche“. Es liegt im dringenden Interesse der Arbeitervereine, sich über die Gefahren der Trunksucht, deren Merkmale und Bekämpfung zu informieren. Wir bitten deshalb alle Arbeitnehmer, diese Gelegenheit zu benutzen, um sich die nötige Aufklärung über diese Volksseuche zu verschaffen. Der Vorstand des A.O.V. und der A.S. Betriebsrätezentrale.

Stadttheater. Im Freitag-Abonnement wird „Carmen“ wiederholt. Sonnabend außer Abonnement: „Carmen“. Sonntag wird anstatt „Fiedermans“ „Carmen“ gegeben.

Schauspieltheater. Heute, Donnerstag, 7 1/2 Uhr „Er und seine Schwester“, eine sehr lustige Posse, die durch die Besetzung der Hauptrollen mit Herrn Reinhold Wolf als Briefträger und Fräulein Schöngalla viel Heiterkeit erwecken wird. Freitag das einmalige Schauspiel des bekannten Reg-Kainer-Balletts, das ein volles Haus gewährleisten wird.

Sinfonie-Konzert. Für das nächste Sinfonie-Konzert am 27. Februar in Frau Grete Stückgold aus München verpflichtet worden. Die Künstlerin wird wieder von Wolf und Bizer am Vortrag bringen. Frau Stückgold bezieht sich in den nächsten Monaten auf eine Amerika-Tournee. Es wird somit dem Lübecker Publikum Gelegenheit geboten, diese bedeutende Künstlerin, bevor sie Deutschland auf längere Zeit verläßt, noch einmal zu hören.

Angrenzende Gebiete.

Oberelbe. Hohe Holzpreise. Auf der Holzauktion im Stadthaus Amden wurden geradezu ungeheure Preise bezahlt. Buchholz wurde mit 600 Mt. pro Kubik, Kiefer mit 500 bis 600 Mt. pro Kubikmeter bezahlt. Diese enormen Preise erklären sich mit aus dem Umstande, daß schon seit einiger Zeit die städtische Gasanstalt die Lieferung von Koks wegen Kohlenmangels hat einstellen müssen.

Hamburg. Der Dampfer „Gonia“ ge- lungen. Der von Hamburg-Amerika-Linie gehörige große Dampfer „Gonia“ ist am Montag nachmittag auf der Ostsee über die von Koks von den schwedischen Treibermaschinen abgebaut und in Grund gebrückt worden. An eine Ver- lezung des Dampfers in einwärtigen nicht zu denken. Bei Hoch- wasser ist nur ein Teil des Ruderschwimmers sichtbar. Rast und Reparatur sind von den mit dem Dampfer und hergekommenen Besatzungen vorgenommen worden.

Kommunisten. In die Arbeiter-Sportpartei in Schleswig-Holstein. Am Sonntag, dem 5. März, findet in Rendsburg im Auftrag von Schleswig eine Konferenz der Sportpartei der Provinz statt. Der Zweck der Zusammenkunft ist ein über Zusammenfassung zu einem Bundesrat. Der Sekretär der Zentralkommission für Sport und Körperpflege Sportgenossen Bildung-Beitrag wird einen Vortrag halten über das Thema: Die Arbeiter-Sportbewegung — eine Kultur-

Neue Fragen. Ferner sollen Fragen der Brücken und der nach- lichen Jugendpflege besprochen werden. Es ist notwendig, daß alle Sportpartei der Provinz auf der Konferenz vertreten sind. Jedes Kartell kann bis zu drei Delegierten entsenden. Die Sportpartei der Delegierten haben die Kartelle selbst zu tragen. Die Sportpartei werden ersucht, sofort zur Konferenz Stellung zu nehmen und Delegierte zu wählen. Alle Anfragen, Anträge und die Namen der Delegierten sind an H. Jacobs, Kiel, Sanftstr. 68, einzureichen. Wegen Nachtarbeiter und Mittagessen wolle man sich an den Sportgenossen Rich. Loge, Neumünster, Schwalben- straße 12, wenden. Beginn der Konferenz vormittags 10 Uhr.

Prech. Streik der Fleischerarbeiten. Die Wieder- aufnahme der Arbeit in den hiesigen Wurstfabriken ist noch nicht erfolgt. In der Lohnstreikfrage wurde vom Schlichtungsausschuß Neumünster ein Schiedspruch gefällt, der von Arbeitnehmerseite angenommen wurde. Zwischen Arbeitnehmern und Arbeitnehmern finden noch Verhandlungen über Annahme oder Ablehnung des Schiedspruchs statt.

Kiel. Fürchtbare Folgen einer Schieberaffäre. Hier hat sich der Zarenhändler Mademann mit seiner Familie das Leben genommen. Der Grund wird in mifflanzenden Schieberarbeiten gesucht. Es verlautet, daß sich M. durch Ver- sprechungen großer Gewinne Geld verschafft habe, das er nicht habe zurückzahlen können, als die mifflanzend gewordenen Geld- seher es zurückverlangten. Jetzt wurde der Kassierer einer hiesigen Bank in Haft genommen, der dem M. hohe Summen zur Ver- münung gestellt haben soll, mit denen M. dann spekulierte. Es handelt sich um 750000 Mt., die letzterer erhalten hat, nach seinem Tode aber verschwunden sind. Bis jetzt ist es noch nicht gelungen, den Sachverhalt aufzuklären, da es Geschäfte waren, die das Licht der Öffentlichkeit zu scheuen hatten. Verschiedene Ge- schäftliche glauben, recht hohe Gewinne zu erzielen, denn es wurden bis über 20 Prozent Verdienst verteilt. Das mag auch den Bankkassierer veranlaßt haben, mit dem Gelde der Bank zu „arbeiten“. Man sagt, daß in einem Kieler Restaurant die Aus- zahlung der Gewinne erfolgte, große Stapel von Tausendmark- scheinchen dabei auf dem Tisch lagen und die Abrechnung für den- tag dauerte. In der Nacht fand man auch Frau Mademann und ihr halbjähriges Kind sowie die Mutter der Frau tot auf. Sie hatten sich mit Gas vergiftet. Wie aus einem zurückgelassenen Briefe der Ehefrau hervorgeht, will sie die Tat aus Verweilung beangigt haben, da sie von den annehelichen Gläubigern ihres verstorbenen Mannes mit rüchichtsloser Härte bedrängt worden sein soll.

Einshorn. Von einem Einbrecher erschossen. Bei einem Kampf mit Einbrechern, die im Schweinefall des Hofbesizers v. Drahten Schweinefutter stehlen wollten, wurde der Schweizer Josef Müller durch einen Schuß ins Herz getötet, während sein Bruder Robert einen Schuß in den Mund erhielt. Die Einbrecher sind entkommen.

Datum. Zu einer erregten Arbeitslosen demon- stration kam es nach bürgerlichen Wittermeldungen Montag mittag vor dem Rathaus. Die Erwerbslosen Schwums hatten Sonntag eine Eingabe gemäß auf sofortige Einberufung des Magistrats, um unter Hinwirkung von Erwerbslosen über die Gewährung von Wirtschaftsbefreiungen zu beraten. Eine Abordnung begab sich zum Bürgermeister und verlangte, daß er herunter- komme und zur Dinge spreche, was dieser jedoch ablehnte. Das Eindringen der Demonstranten in das Rathaus wurde durch die Polizei verhindert. Später marschierte die Menge geschlossen nach dem Gewerkschaftshaus.

Bremen. Steine statt Heu. Ein Landmann aus Str- heide (Quelthorn) ließ in Schachhausen auf der öffentlichen Woge ein Fuder Heu wiegen, das er zur Stadt fahren wollte. Der wachhabende Schutzmann sah sich den Wagen näher an und fand unter dem Heu verdeckt drei große Felssteine, die zusammen 75 Pfund wogen. Der Landmann, der häufiger mit Heu nach Bremen kommt, steht einer Anklage wegen Betrugsversuchs ent- gegen.

Soll die Provinz Radeburg preussisch werden?

Wer werden um Abdruck folgender Zeilen gebeten: Der Leiter des freien Bildungswesens im Kreise Herzogtum Lauenburg, Herr Dr. H. E. Gerhardt, hat unter dem Titel „Die Neugliederung des Reiches und der Kreis Herzogtum Lauenburg“ eine Denkschrift herausgegeben, in der der Anschluß der Pro- vinz Radeburg an Preußen gefordert wird. Diese Denkschrift bedarf dringend der Kritik.

Einleitend wird auf den Artikel 18 der neuen Reichsver- fassung eingegangen, der unter möglicher Berücksichtigung des Willens der beteiligten Bevölkerung die Neugliederung des Reiches anstrebt, die der wirtschaftlichen und kulturellen Höchst- leistung des Volkes dienen soll. Nach einigen Worten über die Neugliederungsbestrebungen im Reich wird gesagt, daß der Kreis Herzogtum Lauenburg glaubt, daß er auf Grund der geographi- schen Lage, der geschichtlichen Entwicklung und der wirtschaftlichen Notwendigkeiten Ansprüche erheben kann.

Es ist zunächst dringend erforderlich, daß festgestellt wird, wer hinter diesen erhobenen Ansprüche steht: Der Kreis Lauenburg oder der Staat Preußen. Es wäre jedenfalls etwas Neues, wenn die Bevölkerung einzelner Verwaltungseinheiten eines Staates plötzlich Ansprüche auf das Gebiet anderer Länder des deutschen Reiches erhebt. Die Frage muß erhoben werden, ob von so klei- nen Einheiten aus, die nur sehr indirekt mit der Regierung des Reiches in Zusammenhang stehen, die Forderungen der Volks- gemeinschaft übersehen werden können; denn nur zur Wehrung des Reiches und zur Förderung der Gesamtheit des deutschen Volkes ist der Artikel 18 der neuen Reichsverfassung geschaffen, nicht aber für die Ansprüche einzelner preussischer Kreise.

Der Hauptteil der Denkschrift gliedert sich in drei Teile, einem geographischen, einem geschichtlichen Teil und einer Begrün- dung der Ansprüche. Der geographische Teil, der noch nicht eine Druckseite lang ist, bringt im wesentlichen eine Aufzählung der im Kreise Lauenburg gelegenen Enklaven mit einer Angabe ihrer Einwohnerzahl. Alles ganz bekannte Tatsachen, die nichts neues enthalten. Als Grundlagen für eine so ernste Angelegenheit, wie sie die Angliederung der Provinz Radeburg an den Freistaat Preußen darstellt, ist die Behandlung der geographischen Tat- sachen in der Denkschrift mehr wie dürftig zu nennen, diese Be- handlungsart läßt bedenkliche Rückschlüsse auf die ganze Denkschrift zu.

Der geschichtliche Teil bringt einen kurzen Ueberblick über die Entstehung der staatsrechtlichen Verhältnisse im Lande Radeburg und im Kreise Lauenburg. Wenn auch die Kenntnis des geschicht- lichen Werbens für die Beurteilung der Verhältnisse in einem Lande von großer Wichtigkeit ist, so muß gesagt werden, daß es vor allem die dringenden Erfordernisse der Gegenwart und Zu- kunft sind, die bei einer Neugliederung des Reiches den Ausschlag geben sollen, nicht aber ist auf Grund der geschichtlichen Entwik- lung die Herbeiführung vergangener und überwundener Zustände das Ideal. Das ist eine Geschichtsromantik, die sich Deutschland nach dem Friedensvertrag von Versailles nicht leisten kann.

Der letzte und dritte Teil der Denkschrift trägt die Ueber- schrift: Die Ansprüche des Kreises Herzogtum Lauenburg und ihre Begründung. — Mit Worten läßt sich trefflich streiten, mit Worten ein System bereiten. Der Dichter hat das nicht un- gelungen! Die rhetorischen Phrasen, für welchen Fall der Kreis Lauenburg keine Ansprüche angemeldet gemittelt ist, können übergangen werden, ebenfalls die mehr oder weniger versteckten kleinen Bosheiten gegen den Freistaat Lübeck. Anders liegt der Fall mit den wirtschaftlichen Betrachtungen, die für eine Angliederung der Provinz Radeburg an den Kreis

Lauenburg sprechen sollen. Dieselben zeigen, daß der Verfasser noch nicht alle Probleme der Neugliederung durchgedacht hat. Die wirtschaftliche Gleichartigkeit soll dafür sprechen, ein sehr zweifelhafter Grund. Kann auf dieser Grundlage nicht auch der Anschlag ganz Mecklenburgs und Schleswig-Holsteins an den Kreis Lauenburg gefordert werden? Die wirtschaftliche Gleichartigkeit und das einheitliche Wirtschaftsgelände sind vertuscht worden, und nur letzteres bedeutet eine Mehrung des Reiches, wenn es gleichzeitig ein einheitliches Verwaltungsgebiet darstellt. Von den steuerlichen Verhältnissen, den Regenerhältnissen und ähnlichen wirtschaftlichen Dingen in der Provinz Rakeburg ist in der Zeitschrift überhaupt nicht die Rede.

Die Neugliederung des Reiches gemäß Artikel 18 wäre überhaupt verfehlt, wenn sie nicht neben wirtschaftlichen und kulturellen Höchstleistungen gleichzeitig eine Vereinfachung der Verwaltung brächte.

Es wird sich empfehlen, daß, bevor sich der Kreis Herzogtum Lauenburg daran macht, anderen Landesteilen sich anzuschließen, erst eine Stärkung der bedrängten Nordmark Schleswig-Holsteins bei ihren deutschen Aufgaben erfolgt, indem der Kreis Lauenburg ganz der Provinz Schleswig-Holstein einverleibt wird, ohne eine Sonderstellung in der Verwaltung einzunehmen. Hier liegen Aufgaben für den Kreis Lauenburg die wichtiger sind und ebenfalls im Sinne des Artikels 18 zu einer Stärkung des Reiches beitragen würden.

Aus aller Welt.

Grubenunglück in Oberschlesien. Infolge eines in einem Schacht der Giesmeyer Grube ausgebrochenen Brandes wurden 75 in der Grube befindlichen Bergleute durch Kohlenoxydgas betäubt. Zwei von ihnen wurden ins Lazarett gebracht, die übrigen erholten sich wieder. Rettungsmannschaften dämmten die Brandherde ab.

Eine Hochzeitgesellschaft in der Theiß ertranken. Aus Siegedin wird gemeldet: Sonntag früh brachen vier Wagen eines Hochzeitszuges, die über die zugefrorene Theiß fahren wollten in der Stromesmitte ein und versanken. 27 Männer und Frauen sind tot.

100 000 Mark Geldstrafe wegen Viehschmuggels. Das Bundsverfahren in Cleve verurteilte die Landwirte Theodor Kubnen und Johann Heitger aus Keeken zu je 100 000 Mk. Geldstrafe und einem Jahr bzw. 1 1/2 Jahren Gefängnis wegen Viehschmuggels. Zwei weitere Mitangeklagte erhielten gleichfalls hohe Geld- und Gefängnisstrafen.

Die Verwundeten des Weltkrieges. Nach einem Bericht des Internationalen Arbeitsbüros betrug die bisher ermittelte Opferzahl im Kriege verwundeten Soldaten 5 911 000 Mann. Sie verteilt sich auf die verschiedenen Länder wie folgt: Frankreich 1 660 000, Deutschland 1 400 000, England 1 170 000, Amerika 1 500 000, Italien 570 000, Polen 320 000, Amerika 246 000, Tschechoslowakei 175 000, Serbien 154 000, Kanada 188 000, Rumänien 84 000, Belgien 40 000. Die Zahlen der russischen, türkischen

und bulgarischen Verwundeten ist noch nicht ermittelt, es ist auch zweifelhaft, ob namentlich über die russischen Verwundeten jemals eine genaue Ziffer festgestellt werden kann.

Ein Drama auf dem Eis. Aus Aarhus wird berichtet: Sonntag nachmittag war die 15jährige Tochter des Arbeiters Jepsen mit ihren beiden Brüdern über das Eis nach Kols unterwegs. Halbwegs draußen erreichten sie die Strömung und das Mädchen brach durch das Eis. Unterhalb Stunden arbeiteten verzweifelt die beiden Brüder, um die Schwester zu retten. Diese war inzwischen im Padeis der Strömung festgefressen, jedoch lie sie nach eingetretenem Tod verlassen ruhend. In arg verkommenem Zustand kamen sie wieder nach Aarhus zurück, wo beide einen Herzanfall erlitten. Beide Hände des einen sind außerdem von kaltem Brand befallen.

Im Walde erstochen. Ein eigenartiges Unglück hat sich in Havelberg zugetragen. Der Schiffer Ruspold war mit seinen 17, 14 und 12 Jahre alten Söhnen in den Havelberger Wald gegangen, um Holz zu holen. Auf dem Rückwege verirrteten sich die vier Holzholer, ohne einen Ausweg aus dem Wald zu finden. Dem jüngsten Knaben gingen schließlich die Kräfte aus. In seiner Not ging der Vater allein in die Stadt, um Hilfe zu holen. Er erreichte den Stadtgarten und konnte den ihm öffnenden Personen das Unglück mitteilen. Er selbst konnte nicht mehr auf die Suche mitgehen. Als man die Kinder fand, waren sie bereits tot. Sie waren vor Kälte und Erschöpfung umgekommen.

Schweres Explosionsunglück. Vor einigen Tagen ereignete sich auf der jetzt unaufgeklärte Welle eine schwere Explosionskatastrophe in der elbischen Maschinenfabrik im Grafenbuden. Um 2 Uhr nachts explodierte einer der Heißkessel, wobei mehrere Arbeiter den Tod fanden. Der Schaden ist beträchtlich. Der Betrieb in der Fabrik ist teilweise lahmgelegt. Der Materialschaden ist groß. Die Dampfmaschinen sind fast alle zerstört. Auch der Bau ist stark beschädigt. Man fürchtet, daß längere Zeit verstreuen wird, bis der reguläre Betrieb wieder aufgenommen werden kann.

Blah ein „Berchen“! In einem städtischen Hofort Münche 75 erschien dieser Tage am Schalter des Bahnhofs ein Bauer und wollte einen Frachtbrief auslösen. Er löschte flüchtig auf die zu zahlende Summe und fing an, einen Tausender nach dem anderen aufzuzählen, bis es 109 000 Mark waren. Als der Beamte ihn fragend ansah und ihm erklärte, daß die Summe doch nur 1089 Mk. und 90 Pf. mache, erklärte der Bauer, er habe sich versehen und habe gemeint, es mache 109 000 Mark. Zu diesem Vorfall wird den „Münchener Neuesten Nachrichten“ noch gemeldet, daß es sich bei dem Bauern keineswegs um einen der größten des Driest handelt, vielmehr um einen, der erst vor einigen Jahren zu wirtschaften angefangen hat.

Die Weltbühne aus Madrid. Einen nicht ganz gewöhnlichen Lebenslauf hatte eine Dame hinter sich, die wegen Zollhinterziehung mit den Berliner Behörden in Konflikt kam. In einem der ersten Hotels Unter den Linden wohnte eine Zeitlang eine vornehme Dame, die, Deutsche von Geburt, aus Madrid, wo sie eine Villa und auch Grundstücke besitzt, hierhergekommen war.

Die Dame beschäftigte sich ausschließlich mit großen Einkäufen und begründete das damit, daß sie sehr viel brauche, weil sie in Berlin viele hochstehende Persönlichkeiten besuche und auch empfangen müsse. Geld hatte sie in Überfluß. Bei der Abreise nach Madrid ließ sie noch Beendigung des Eisenbahnerstreiks ihr ungewöhnlich großes Gepäck auf. Die Kriminalpolizei schöpfte Verdacht, weil sie annahm, daß die Dame beabsichtige, Waren, die nach den Ausfuhrbestimmungen einem Zoll unterliegen, nach dem Ausland zu bringen, ohne den Zoll zu zahlen. Dieser Verdacht erwies sich als richtig. Der Gast aus Spanien hatte, wie festgestellt wurde, Waren aller Art zur Ausfuhr gekauft, sie aber, um den Zoll zu sparen, künstlich all gemacht, um sie als Gegenstände ihres täglichen Gebrauchs erscheinen zu lassen. Sie führte für nicht weniger als 1 1/2 Millionen Sachen bei sich, die nun nach der überraschenden Mitteilung zum größten Teil beschlagnahmt wurden. Die Dame mußte, statt den Gepäckzug zu besteigen, den Weg nach dem Polizeipräsidium antreten und wurde hier als eine Gertrud M. festgestellt, die in Berlin schon von früher als Bekannte wurde. Hier war sie ehemals im Johannerstieg in Plätzense untergebracht. Vom Stütz aus wurde sie Dienstknädelin, dann Kassiererin einer Bar und endlich „Schauspielerin“. Sie lernte dann einen reichen Freund kennen, der sie nach Paris mitnahm. Von dort kam sie nach Madrid, wo sie sich dank ihrer großen Mittel als Willen- und Grundstückbesitzerin etablieren konnte.

Neue Bücher.

Um Ober-Schlesien. Eine kritische Betrachtung der Entscheidung des Völkerrundrates von H. Löffler, im Auftrage des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes. In der Verlagsgesellschaft des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes ist soeben eine 32 Seiten starke Broschüre erschienen, die sich mit den Verhältnissen in Ober-Schlesien befaßt, wie sie vor dem Diktat in Genf bestanden und die dann anhand von Tatsachenmaterial die Entscheidung des Völkerrundrates betrachtet und die Folgen dieses Diktats in ihrer ganzen Wirkung dem Leser vor Augen führt. Der Verfasser verfehlt mit seiner Schrift nicht den Zweck, den Kampf um den Besitz Oberschlesiens erneut zu entfachen. Das wäre ja nach der am 20. Oktober 1921 gefällten Entscheidung des Völkerrundrates ein vergebliches Bemühen. Wichtig erscheint ihm vielmehr, in der Form eines Rückblickes auf die Verhältnisse hinzuweisen, welche für die Beurteilung der Sachlage in Ober-Schlesien maßgebend waren und noch heute sind, vor allen Dingen für die Gewerkschaften im schrittigen Gebiet sowohl, wie im übrigen Deutschland. Er ruft lebhaft, frei von jeder Gefühlsäußerung, auf der Tatsache, daß sich die freien Gewerkschaften für ein ungeteiltes Ober-Schlesien im Rahmen des Deutschen Reiches ausgesprochen haben und möchte dieses Moment festhalten, um irdumliche Auffassungen richtig zu stellen.

Briefkasten.

H. S. Hasendorfer. Sie finden die Auskunft über Ihre Anfrage im lokalen Teil unter der Überschrift: Zur Mitteilung für Rentenermpfänger.

Warnung!

Durch das Gesetz vom 9. Dezember 1911 sind die Tierbesitzer verpflichtet, die Körper verendeter oder wegen Krankheit getöteter Tiere, sowie Fleisch und Eingeweide geschlachtet Tiere, soweit diese Teile nicht zum menschlichen Genuß verwendet werden, der Lübecker Tierkörperverwertungsanstalt zur Unschädlichmachung zu überweisen.

In den letzten Jahren ist der Unfall, namentlich von Tierkadavern, außerordentlich gering gewesen. Daraus ist zu schließen, daß die Vorschrift des Gesetzes in den beteiligten Kreisen keine genügende Beachtung mehr findet. Es liegt vielmehr die Vermutung nahe, daß die der Anstalt zu überweisenden Tierkörper unvorschriftsmäßig beiseite genommen werden. Ein derartiges Verfahren hat in volkswirtschaftlicher, hygienischer und veterinärpolizeilicher Hinsicht große Schäden im Gefolge; einmal entstehen dem Volkvermögen dadurch schwere Verluste, daß die Tierkörper der Verwertung entzogen werden, zum andern aber begünstigt die unsachgemäße Beseitigung der Tiere die Verbreitung von Seuchen. Die Tierbesitzer haben also selbst das größte Interesse daran, daß die gefallenen oder getöteten, zum menschlichen Genuß nicht mehr brauchbaren Tiere der Unschädlichmachung in der Verwertungsanstalt zugeführt werden. Bei Nichterfüllung der Ablieferungs-pflicht haben die Tierbesitzer schwere Strafen zu gewärtigen. Das Gesetz bedroht Zuwiderhandlungen mit Gefängnis bis zu einem Jahre oder mit Geldstrafe bis zu 100 000 Mk.

Das Polizeiamt wird die Befolgung der eingangs erwähnten Gesetzesvorschrift künftig streng überwachen lassen. Es hat seine Organe angewiesen, jeden Fall der Zuwiderhandlung rücksichtslos anzuzeigen. Die beteiligten Kreise seien daher vor Zuwiderhandlungen dringend gewarnt.

Lübeck, den 14. Februar 1922.
Das Polizeiamt.
(13185)

Brotpreise.

Vom Sonnabend, dem 18. Februar, ab werden die Preise für Brot, welches aus bewirtschaftetem Mehl hergestellt ist, wie folgt festgesetzt:
für 1900 Gramm Roggengrobbrot 12,60 Mk.
" " " " " " " " " 6,30
" " " " " " " " " 14,
" " " " " " " " " 7,-
Ueberschreitungen der vorstehend festgesetzten Höchstpreise werden nach den gesetzlichen Vorschriften bestraft.
Andere als die vorstehenden Brotsorten und Brotgattungen dürfen aus bewirtschaftetem Mehl nicht gebacken werden. Die Abgabe von bewirtschaftetem Brot zu den erhöhten Preisen vor dem 18. Februar ist streng untersagt.
Den Wiederverkäufern steht eine Vergütung von 7, v. v. des Brotpreises zu. Die Bewilligung einer höheren Vergütung ist untersagt.
Lübeck, den 15. Februar 1922.
Das Landesverorgungsamt.
1912

Brennstoffhöchstpreise.

Auf Grund des § 117 der Ausführungsbestimmungen zum Gesetz über die Regelung der Kohlenwirtschaft vom 23. März 1921 (RGBl. S. 842) vom 21. August 1919 legt das Landesverorgungsamt folgende Höchstpreise fest:

	Ab Lager	Fret Hans
Weiß. Gartlofs ungebrochen	68,-	67,50
Weiß. Gartlofs über 20 mm	65,-	69,50
Weiß. Anthrazit-Kohlen	67,-	71,50
Sifform-Anthrazit-Bricketts	61,50	66,-
Braunkohlen-Bricketts oder Halbsteine	39,-	43,50
Rußkohlen	57,50	62,-
Stenkohlen-Bricketts	61,50	66,-
Grubekohls	44,50	49,-

Die vorstehend festgesetzten Preise, die sofort in Kraft treten, sind Höchstpreise im Sinne des Höchstpreisgesetzes. Ueberschreitungen werden auf Grund der Verordnung gegen Preistreiber vom 3. Mai 1918 bestraft.

Lübeck, den 15. Februar 1922. 13186
Das Landesverorgungsamt.

Marie Eckmann.

Am 15. Februar starb nach langer, schwerer Krankheit im 22. Lebensjahre unsere innigst geliebte Tochter und Schwester, meine liebe Braut

Sie folgte leider nur zu schnell ihrem vor einigen Tagen verstorbenen Bruder in die Ewigkeit. Dies zeigen tiefbetruert an
Heinr. Eckmann, Frau u. Tochter, Friedr. Witense.
Schlutup, 16. Februar 1922.
Die Beerdigung findet am Sonntag, 19. Februar, vom Trauerhause, Sophienstraße 15, aus statt. (13149)

Marie Eckmann.

Am Mittwoch, dem 15. d. M., starb nach längerer Krankheit unsere Verkäuferin der Warenabgabestelle 12 (Schlutup)

im Alter von 22 Jahren. Der Verein wird ihr ein ehrenvolles Andenken bewahren!
Konsumverein für Lübeck und Umgegend
e. G. m. b. H. Der Vorstand.

Gesucht zum 1. März oder später ein tüchtiges
Mädchen od. Stuben
Waschf. wird gehalten.
Frau Cula Olmpeter,
19146 Volkstr. 5.

Einfach möbl. Zimmer von Herrn gesucht. Ang. unt. RM a. d. Exp. (13188)

Kardiotrommel gratis abzugeben, Kartidivoren werden angekauft. (13134) vater lühme, Johannesstr. 9.

Anzeigen.

die in die an dem betr. Tage erscheinende Nummer des **„Lübecker Volksboten“** veröffentlicht werden sollen, müssen bis 10 Uhr vormittags in unserer Geschäftsstelle aufgefertigt sein; größere Anzeigen erbiten wir tags vorher.
Die Geschäftsstelle des Lübecker Volksboten.
Johannisstr. 46.

Am Mittwoch morgen 2 1/2 Uhr entschließt plötzlich und unerwartet unser lieber Vater, Schwieger- und Großvater
Karl Hansson
im 78. Lebensjahre. In tiefer Trauer
Gustav Hansson
u. Frau geb. Suhr.
Wilhelm Hansson
u. Frau geb. Benker
und 6 Enkelkinder.
Lübeck, 15. Febr.
Schwart. Allee 133, l.
Die Trauerfeier findet Montag 2 1/2 Uhr v. d. Kap. d. Vorw. Friedh. nat. (13160)

Zentralverband der Angestellten.
Ortsgruppe Lübeck.
Am 15. Februar starb unsere Kollegin (13152)

Marie Eckmann.
Ehre ihrem Andenken!
Die Beerdigung findet Sonntag mit tag 1 Uhr in Schlutup statt.
Der Vorstand.

21. D.-Masenk. a. d. 20u.
25. M. Dantwartstr. 4 v.
(13158)

E. S. u. D.-Masenk. b. a. verz. Happerstr. 13, l. (13141)

Billige Schuhwaren.

Starke Kinderstiefel Größe 27-30 . 85.- M.
Größe 31-35 . 95.- M.
Babystiefel . . 40.- M.
Verbe Schaftstiefel mit doppelt. Sohle 295.- M.
Starke Arbeits-Schnürstiefel 195.- M., Kind- bog-Herrens- u. Damenstiefel billig, braune Damen-Spangenschuhe, **Schneiderei** sehr preiswert.
Hausbau Franz Wehrdet,
13151 Balauerfohr 35.

Alle Arbeiter
kaufen gern und gut ihre Arbeitskleidung bei (13126)
Otto Albers
Markt 4 Kobl. 10

Echter Jamaica-Rum-Verschmitt, Echt-Pott-Rum-Verschmitt, Arrak-V., Kognak, Genever 44%, Steinbögg., Urquell, Liköre.
Preiswerte Auswahl.
Schleswig-Holsteiner **Kümmel** . . . Fl. 28 Mk.
Aquavit 85% Fl. 31 Mk.
Aquavit 40% Fl. 34 Mk.
Ernst Voss
Gr. Burgstraße 59.

Gebr. Kaffee 1/2 B 16.-
Schokoladenpfl. 1/4 B 5.25
Zee 1/4 B 9.50
Gebr. Gerste 5.50
Kofokraspel 1/4 B 6.00
Dofefloeden 5.50
Gerstgrütze 5.50
Gerstgräuben 5.50
Weizengrit 5.50
Beiger Grütz 5.50
Str. gebr. Birnen 5.50
Kofinen 1/4 B 6.00
Kornthjen 1/4 B 3.50
Eduard Speck,
Düst. 80-81 (13165)

Das bekannt reelle Einkaufshaus
für Arbeiter und jeden Beruf.
Wir sind billig.

Sehr starke Schuhwaren.
1 Paar starke Schaftstiefel 275.-
1 Paar starke Arbeitstiefel 245.-
1 Paar Konfirm.-Stiefel 38-39 195.-
Starke Kinderstiefel in Größen 18-20, 22-24, 26-30, 21-25

Gleg. Damenstiefel, Herrenstiefel usw.
1 Paar mod. Herrenanzüge 275.-, 295.-, 285.-, 1200.-
1 Paar starke Manchesterhosen 225.-
1 Paar Manchesterhosen 495.-
Manchester-Annenanzüge 13164) von 215.- an
Starke feldgraue Hosen 175.-
1 Paar Sammilanzel, mod. Form, gute Qualität, 645.-
Blau-schwarzbraune Anzüge 485.-
ladelloser Stiz, modern.

Ehlers & Deetwisch
Sollstenstr. 1. St. Rem 2 u. 4
Gilde Kostüme :: Mäntel fertige Konfirmationskleider.
Seinen - Kassetten - Betten.
Bekannt für eng reelle Qualitäten!

Felle,
sowie Füchse, Marder, Kräfte, Wiesel, Kater usw., desgl. Biber, Kuh- u. Schweinshaare kaufen zu allerhöchsten Tagespreisen.
Geb. Wagner
Sollstenstr. 8. J. 3414.
Freitag und Sonnabend prima junges defettes **Rohfleisch** (Füllfleisch) ff. ger. Mettwurst und Geflügel.
Fr. Kollmann
Kaiserstr. 8. (13159)
Achtung, Sparklubs! Sparkassen-Bücher
in übersichtlicher Aufmachung vorrätig in der Buchhandlung **Friedr. Meyer & Co.,** Johannesstr. 46.

Neue Ausgabe! Gültig ab 1. Januar 1922. Die Einkommenssteuer vom Arbeitslohn (Lohnsteuer) Von **Wilhelm Keil.** Preis Mk. 4.50. Buchhandlung des **Lübecker Volksboten**

Hotels, Restaurants, Cafés, Vergnügungen.

Hotel Viktoria Fernruf 462.
Gegenüber dem Bahnhof.

Hotel International Neues Haus
am Bahnhof. Fernruf 707 und 789.

Hotel Stadt Hamburg
Weinrestaurant. Von 9 Uhr an Künstlerkonzert.

Gewerkschaftshaus Johannisstraße.
Fernruf 225. Verkehrsklokal der sämtlichen Gewerkschaften.

C. Hanschens Restaurant, F. 8636. Wiener Krambuden 7. Tägl. musikalische Unterhaltung. Mittagstisch 12-2. Abendstisch 6-9 Fremdenzimmer

Restaurant und Café zum Deutschen Kaiser. Inh. Aug. Brack Wwe. Königstraße 41. Fernsprecher 531. Gute Küche. Str. Bahnh. nie 8.

Theater-Restaurant u. Café
Fünfhausen 17/19. Bürgerlicher Mittagstisch.

Bodega Weinstuben, F. 8986. Fleischhauerstraße 14. Inh. H. Giesenberg. Gemütl. Aufenthalt.

Rathaushalle Tägl. von 5-1 Uhr
Künstlerkonzert.
Billards, W. Bruhn.

Stadthallen — Weißer Saal
Jeden Sonntag: Vornehmes Tanzkränzchen.
Anfang 5 Uhr. F. Lanau.

Stadt-Café Holstenstraße 17.
Täglich Künstler-Konzert.
Paul Feick.

Café Viktoria Täglich Konzert.
Mühlenbrücke 1.

Reserviert für
Café „Opera“

Café Roland Tägl. Künstler-Konzert

Café Bernhardt Fackenburg
Allee 9.
Täglich abends Unterhaltungsmusik.

Hansa-Café Reserviert.

Neues Lichtspiel-Theater
Fernruf 5695. Breite Straße 13.
Erste und vornehmste Lichtbildbühne.
Jeden Freitag stets das Neueste und von diesem nur die auserwähnten Programme.
Anfang 4 Uhr. Schluß 11 Uhr.

Tusculum Fischstraße 4. Bar m. Weinstuben. Dezent Musik.

Gerhard Tschorn Speisekasino.
Johannisstr. 3.

Julius Stammer Konditorei — Kaffee.
Lindenstraße 1b.

Hodermanns Konditorei
Täglich Konzert

Uhren, Goldwaren u. Musik.

C. Porté Goldschmiedemeister.
Fabrikation u. Verkauf feinerer Trauringe. Fleischhauerstr. 26.

Ludwig Zander Juwelier u. Goldschmied.
Fernruf 5700. Mariesgrube 3.

Lorenz Behnfeldt Pfaffenstraße 8.
Uhren, Goldwaren, Reparaturwerkstatt.

Rudolph Wiese Goldschmied.
Breite Straße 43.
Gold-, Silberwaren, Versilb., Alpaca-, Nickelwaren.

Hallers Musikhaus Lübeck.
Markt 2.

Meyer & Eggert Fernruf 2426.
Königstraße 112.
Musikinstrumente.

Musikhaus Fr. Dietrich & Co.
Musikinstrumente, Besondere. Noten jeglicher Art. Seiten, Beckergrube 27.

Musik- Instrumente, Lauten, Gitarren, Mandolinen usw.
Ernst Robert, Breite Straße 29. Fernr. 8750.

Geschäftliche Rundschau und Zeitungs-Dauer-Fahrplan (Musterschutz)

Ehlers & Reetwisch St. Petri 2/4, Holstenstraße 1. Das Haus der guten Qualitäten. Manufaktur, Konfektion, Schuhwaren

Café „Nirwana“ Fernruf 8529, Mühlenstraße 46.

Trocadero Fernruf 787. Schlüsselbuden 4. Täglich ab 8 Uhr. Webers-Konzerte. Sonntags 5 Uhr.

Fledermaus Täglich Anfang 8.30 Uhr. Sonntag und Feiertag 4 Uhr. Vorstellung und Tanz. I. Etage! Sehenswerte Bar. Stimmung. Humor.

U Lichtspiele. Fünfhausen 17/19, im Hause der Fledermaus. Jeden Dienstag neues spannendes Programm. Anfang 5 Uhr. Sonntag 4 Uhr. Letzte Abendvorstellung 8 Uhr.

Wo kauft der Arbeiter Lübedis seine Lebensmittel? Bei Paul Burmester Jr., Holstenstraße 24.

Georg Petersen Huxstraße 19. Manufaktur-, Weiß-, Woll- und Kurzwaren.

E. Hardt, Mechanische Strickerei
Lübeck, Fischergrube 60

Schuhwarenhaus W. Blumenthal Kohlmarkt 1. Sandstraße 2-4.

Dauer-Fahrplan des Lübecker Volksboten.

Hamburg				Büden				Eutin				Travemünde				
Lübeck	Hamburg	Lübeck	ab	Lübeck	Büden	Lübeck	ab	Lübeck	Eutin	Lübeck	ab	Lübeck	Travemünde	ab	Travemünde	ab
6 ⁰⁰	7 ⁴⁵	5 ³⁰	7 ⁰⁵	8 ⁰⁰	9 ¹⁵	6 ³⁴	7 ⁴⁸	7 ¹⁵	8 ¹²	6 ¹⁵	7 ²²	5 ²¹ W	6 ⁰¹	—	6 ²²	—
7 ⁴⁷	9 ²¹	7 ⁰⁵	8 ⁵¹	1 ³⁰	2 ⁴⁷	1 ¹⁴	1 ⁰⁰	9 ⁴⁷	10 ⁴⁵	8 ²⁵	9 ¹⁵	8 ¹⁵ W	9 ⁰⁰	—	10 ⁰⁰	—
9 ³⁰	10 ⁵⁰	8 ²⁰	9 ⁵¹	4 ¹⁵	5 ⁴⁵	3 ²⁷	4 ¹²	12 ¹³	1 ⁰⁹	12 ²⁴	1 ²¹	9 ⁴² S	10 ¹⁹	—	10 ⁴⁰	—
11 ⁰⁸	12 ²⁵	9 ²⁰	10 ⁵¹	5 ³⁰	6 ⁵²	4 ³⁷	5 ¹²	1 ⁴²	D 2 ⁵⁵	3 ³⁵	D 4 ¹²	10 ²⁷	10 ⁴⁷	—	11 ⁰⁰	—
2-4	3-4	8 ⁴⁰	D 9 ⁵⁷	9 ¹⁵	10 ³¹	7 ²²	8 ⁴⁰	2 ⁰⁰	2 ⁵⁶	7 ²⁵	S 8 ²¹	11 ⁰⁸	11 ²⁸	—	11 ⁵⁰	—
1 ²⁵	2 ⁵⁶	10 ¹⁷	11 ⁵⁴	9 ¹⁵	10 ³¹	7 ²²	8 ⁴⁰	7 ²¹	8 ²⁰	7 ⁴⁴	8 ⁵⁹	11 ¹⁵ S	—	—	11 ³⁰ W	—
3 ⁴⁴	5 ⁰²	2-4	3-4	* D Berlin-Riel und zurück.				* Str. bis zum meierei.				11 ²⁵	—	11 ⁵⁰ W	—	
4 ¹⁷	5 ³⁵	12 ²²	1 ⁵⁶	Kleinen				Segeberg				4 ⁰⁰	—	4 ¹⁵	5 ⁰⁰	
2-4	3-4	3 ³⁰	5 ¹⁰	Lübeck	Kleinen	Lübeck	ab	Lübeck	Segeberg	Lübeck	ab	4 ⁰⁰	—	4 ¹⁵	5 ⁰⁰	—
7 ¹⁵	8 ²⁰	2-4	3-4	7 ¹⁵	8 ³⁰	5 ⁵⁰	7 ²⁵	8 ⁰⁵	10 ⁰²	5 ⁴⁵	7 ⁰⁸	7 ⁵⁴	—	8 ¹²	9 ⁰⁰	—
7 ²²	9 ⁰⁵	5 ¹⁰	6 ⁵⁷	9 ²⁵	D 10 ²⁵	9 ⁰²	10 ⁵⁷	9 ⁰⁰	10 ³⁰	10 ⁵²	11 ¹⁶	11 ²⁵	—	11 ³⁰ W	—	—
8 ¹⁵	9 ¹⁴	7 ²²	9 ⁰⁰	9 ⁵²	D 10 ⁴¹	1 ¹⁴	3 ³⁶	2 ¹⁰	3 ³⁵	10 ³⁷	11 ⁵⁵	—	—	—	—	—
9 ²⁵	10 ²⁵	9 ⁰⁰	10 ²⁵	12 ⁰²	1 ⁴⁴	—	D 7 ¹⁰	7 ³⁰	8 ⁵⁵	4 ¹⁵ W	6 ¹⁵	—	—	—	—	—
9 ²⁰	11 ⁰²	11 ⁴⁰	1 ¹⁶	9 ¹⁵	10 ³¹	7 ²⁵	8 ⁴⁰	7 ³⁰	8 ⁵⁵	4 ¹⁵ W	6 ¹⁵	—	—	—	—	—
2-4	3-4	11 ⁴⁰	1 ¹⁶	9 ¹⁵	10 ³¹	7 ²⁵	8 ⁴⁰	7 ³⁰	8 ⁵⁵	4 ¹⁵ W	6 ¹⁵	—	—	—	—	—

Markmann & Meyer Das bekannte Haus für vorteilhafte Einkäufe. Markthalleneingang Breite Straße.

Adolf Borgfeld, Lübeck Inhabe: Hermann Kubli.
Oefen, Herde, Grudeherde, Gaskocher Größte Auswahl bei günstigsten Preisen.

Reserviert für
H. E. Koch Möbelhäuser Mariesgrube.

Uhren-Voss Breite Straße 86. Holstenstraße 2. Fernsprecher 8393.

Walter Büttner Fernruf 1124. Fleischhauerstraße 42. Rohprodukte, Eisen- und Metalle en gros.

Auto-Eschen Fernruf 1584.

Camphausen & Co. Kraftfahrzeuge.

Posselt's Kohlenhandel
Abteilung Beckergrube Abteilung Mühlenstr. 62
Fernspr. 8330-8333. Fernspr. 8720-8723.
Koks • Kohlen • Briketts
Alleinvertrieb des Lübecker Gaskoks.

E. Bramschweig Ndl. Fernruf 8210, 8717.
Johannisstraße 16, L.
Kohlen Koks Briketts

Max Boye Holz-, Kohlen- und Holz-
kohlen-Lager. Täglich
Platzverkauf: Falkenstraße. Telefon 8441.

F. W. Nietz ruhrwerksbetrieb
bei billigster Berechnung.

Lebensmittel und Drogen.

Spanelli
Milch-Schokolade
Kaiserstr. 47

L. Popp Fernruf 8015. Königstr. 76
Kaffeegrößtösteri und
Koloniwaren

Reserviert für
J. G. Niederegger Marzipan.

Dampfbäckerei „Hansa“ Lübeck
J. C. D. Junge & Co. Verkaufsstellen überall.

Hansa-Meierei Fackenburg Allee
69a und b.
Fernruf 281/557.

Rostocker Butterhandlung
Inh. Robert u. Dora Gündel. F. 2064. Beckergrube 9.

Th. Storms Nachf. Chr. Stachelbeck
Fernruf 473. Königstraße 98. Spezial-Butter-
und Marinadehandlung. Groß- und Kleinhandel

Emil Aland Wurstwarenfabrik. Lübeck,
Mengstraße 2.

Erich Helm Wurstfabrik.
Fleischhauerstraße 54.

Ahrbergs Bockwurst u. wurstosen
W. Sander. Fernruf 8121. Markt 3.

Fischversandhaus „Möwe“. Altr. Beßmann
& Co., Lübeck. Fernruf 1352. Kl. Burgstraße 6.
Tel.: Beßmann Kleineburgstr. Großh. i. Fischkons.

Heinrich Drümm Fernruf 651.
Wahmstr. 21.
Spezialgesch. in lebend. Fischen u. Räucherwaren.

Ludw. Buck Fernruf 3734.
Breite Straße 86.
Spezialgeschäft feiner Delikatessen.

C. Klein Fernruf 1727. Pfaffenstraße 4.
Delikatessen — Feitwaren.

Johannes Hanssen Balauerlohr 17
Delikatessen — Feitwaren.

Reserviert für
Janssen Delikatessen Beckergrube 7.

Spethmann & Fischer Kartoffeln,
Frucht,
Gemüse. Fernruf 102. Beckergrube 59

Fr. R. Muuß Günstiger Einkauf von
Lebensmitteln. Alfstraße 25

C. F. Alm Holstenstraße 12. Fernruf 800.
Farben, Drogen, Chemikalien.

Diana-Drogerie Paul Stammer. F. 8644.
Glandorpstr. 1. Farben, Verbandstoffe, Toiletteart.

Ferd. Kayser Drogerie.
Breite Straße 81.

Bruno Sellmann
Fleischhauerstr. 31. Kondi-
torei u. Kuchenbäckerei.

Ernst Vob. Große
Burgstraße 59. Kolonial-
waren. Spirituosen.

**Lübecker Central-
Brotfabrik**
R. Spangenberg, Linden-
straße 20/22.

**Fr. Weingärtner
Nachf.** Johannisstr. 3
Konditoren. Delikatessen

Ed. Teuteberg
Lederhandlung.
Untertrave 67.

Auguste Popp Schuhwarenhaus.
Erstklassige Fabrikate. Ruhrende Marken.

Friedrich Baurenfeind
Schuhwaren. Fernruf 1365. Mühlenstraße 84.

Wilh. Ewert, Schuhwaren. Untertrave 3.
Gut sortiertes Lager und Reparaturwerkstatt.

Chr. Rebien Schwönekeuwerstraße 25.
Schuhe. Maßanfertigung. Reparaturwerkstatt.

Karl Brandt. Schuhmacherer.
Maßgeschäft. Reparaturwerkstatt. Engelsgrube 2.

B. Dittmer. Fünfhausen 7. Schuhreparatur-
werkstatt. Maßanfertigung.

Carl Hans Kühl Fernruf 2988.
Mühlenstraße 42.
Leder- und Schuhmacherbedarfsartikel-Handlung

Alexander Krock, Königstr. 47,
b.d. Johannisstr.
Spezialgeschäft in Lederwaren u. Reiseartikeln.

F. Fränkel
Breite Straße 35 und
Holstenstraße 4.
Billigste Bezugs-
quelle in echten
Lederwaren, Kolfern
und Reiseartikeln.